



universität
wien

QUELLENKORPUS
MASTERARBEIT

Titel:

**Vernetzte Daten, Demokratie und bürgerliche Freiheiten in Österreich:
Eine Wissenssoziologische Diskursanalyse**

2022

Phase 1 | 05/2007-06/2007

**Österreichische Vorratsdaten: Ideen zur Umsetzung einer EU-Richtlinie in
Österreich**

SP1

Name: Jana Maria Unterrainer, B.A.

Matrikelnummer: 01247324

Studium: Zeitgeschichte und Medien

Studienkennzahl (lt. Studienblatt): A 066 665

Rechtspanorama

Die Presse

diepresse.com/rechtspanorama

Dienstag, 15. Mai 2007, Seite 11



Pflichtteilsrecht abschaffen?

Einschränkung der freien Verfügung des Erblassers lässt sich nicht mehr rechtfertigen – eine These. [Lukawinski] Seite 12



Abschlussprüfer, bitte aufpassen!

EU erhöht die Anforderungen an die Sorgfalt bei Erstellung des Jahresabschlusses. [AP] Wirtschaft & Steuern S. 14

Telekom-Daten: Lizenz zum Speichern

GESETZESENTWURF. Das Verkehrsministerium setzt eine EU-Richtlinie über die Speicherung von Telekom-Daten um. Kritiker werfen dem vorliegenden Entwurf vor, die europäischen Vorgaben mehr als nur zu erfüllen.

VON BENEDIKT KOMMENDA

WIEN. Wer hat wann wo mit wem? Und: Wer wollte wann mit wem? Neugierige Fragen wie diese können schon bald im großen Stil beantwortet werden – jedenfalls was die Telekommunikation per Festnetz und Handy betrifft. Am 1. September soll eine Novelle zum Telekommunikationsgesetz in Kraft treten, mit der eine umstrittene EU-Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung umgesetzt wird. Das sieht ein Entwurf des Verkehrsministeriums vor, der zur Zeit in Begutachtung ist. Kritiker werfen dem Entwurf vor, mehr Speicherungen als im Moment unbedingt nötig vorzusehen; die Telekom-Branche klagt über die Belastung mit Kosten, die zu einem Teil einzig und allein für Zwecke der Strafverfolgung aufgewendet werden müssten.

Die Richtlinie war während der österreichischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 beschlossen worden. Unter dem Eindruck der Anschläge von London und Madrid entschieden sich die EU-Staaten, Telekom-Daten zum Zwecke der Terrorbekämpfung massenweise zu speichern. Während die Briten so weit gehen wollten, die Inhalte von Gesprächen aufzuzeichnen, einigte man sich auf eine Dokumentation bloß der Verkehrs- und Standortdaten: Sie geben Aufschluss darüber, wer wann wo mit wem kommuniziert hat oder dies vergeblich versucht hat (um genau zu sein: registriert wird nur der benützte Anschluss). Auch der Zugang zu Internet, E-Mail und Internet-Telefonie soll entsprechend gespeichert werden; unter anderem Name und Anschrift des Inhabers einer IP-Adresse und dessen Benutzerkennungen. Alle diese Daten sollen jeweils sechs Monate lang gespeichert werden – flächendeckend und auf Vorrat, zunächst unab-

Beim Telefonieren beobachtet: Die Verbindungsdaten sollen jeweils sechs Monate lang gespeichert werden.
[Illustration: Vizama Schuller]



hängig von einem Verdacht. Mit richtiger Anordnung oder Bewilligung müssen sie dann zur Verfolgung „von mit beträchtlicher Strafe bedrohten Handlungen“ den Behörden ausgefolgt werden.

Irische Nichtigkeitsklage

Die Richtlinie stößt auf vielfältige Kritik. So hat Irland gegen sie aus kompetenzrechtlichen Gründen eine Nichtigkeitsklage beim EuGH erhoben. Das in Wien ansässige „Europäische Zentrum für E-Commerce und Internetrecht“ etwa hat grundsätzliche Bedenken und bezweifelt die Zweckmäßigkeit der Vorratsdatenspeicherung. Schon wegen der „zahlreichen Umgehungsmöglichkeiten“; so seien nur in der EU ansässige Netzbetreiber und Access Provider der Speiche-

rungspflicht unterworfen; Web-Mail-Betreiber wie hotmail.de seien nicht einmal in der EU erfasst. Einfache Umgehungsmöglichkeiten böten auch anonym erworbene Wertkartenhandys. Als „latentes Problem“ orten die Experten die Gefahr, dass die enormen Datenbestände, sind sei einmal angesammelt, in gesellschaftlichen Ausnahmestrukturen auch für ganz andere Zwecke als bisher abzusehen verwertet werden könnten. Konkreter ist das Problem, dass weder die Richtlinie noch die geplante Umsetzung in Österreich darüber Auskunft geben, wer die beträchtlichen Kosten der Speicherung tragen soll.

Als Mangel in der Umsetzung allein empfindet das E-Center die Definition der Anlatsdaten, derenwegen Vorratsdaten übermittelt

werden dürfen. Hatte der europäische Gesetzgeber noch primär die Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität vor Augen, erfasst der österreichische Entwurf auch Fahrlässigkeitsdelikte: Er orientiert sich am Begriff der „mit beträchtlicher Strafe bedrohten Handlungen“ aus dem Sicherheitspolizeigesetz, und dazu gehören auch fahrlässige Handlungen, sofern sie mit mehr als einjähriger Freiheitsstrafe bedroht sind. Das wäre z. B. die fahrlässige Tötung durch Haltung eines gefährlichen Tieres. Das Verkehrsministerium könnte hier ein wenig über das ohnehin hoch gesteckte Ziel der EU hinauschießen. s. auch Seite 17

www.bmvitg.v.at
www.e-center.eu

„Wir müssen um zehn Prozent mehr Rufdaten speichern“

Telekom-Anbieter klagen, für die Strafverfolgung eingespannt zu werden.

WIEN (kom). Telekom-Anbieter und Internet-Access-Provider sehen sich als die ersten Opfer der Vorratsdatenspeicherung. „Das war noch nie da“, sagt Wolfgang Schwabl, Bereichsleiter der „Internal Services“ in der Mobilkom Austria. „Es gibt bisher kein Privatunternehmen, das Daten ausschließlich für Zwecke der Strafverfolgung speichern muss.“

Zur Verrechnung müssen Telefoniedienste-Anbieter schon jetzt Verbindungsdaten speichern. Bisher nicht dabei: vergebliche Anrufversuche. Nach Schätzungen kommt in zehn Prozent der Anrufe kein Gespräch und kein Kontakt zu einer Mailbox zustande. Werden die Daten dieser Anrufe heute noch verworfen, müssen sie nach dem Entwurf sechs Monate gespeichert werden. Einen Ersatz für die zusätzlichen Kosten bekommen die Dienstanbieter frühestens dann, wenn sie den Behörden Daten übermitteln. „Das Investment wird nicht abgegolten.“

Als unnötige Fleißaufgabe sieht Schwabl – als Vorstandsmitglied der Ispa (Internet Service Providers Austria) – damit erfüllt, dass der Entwurf bereits die Speicherung diverser Daten der Interner-Nutzung vorsieht. Beim Beschluss der Richtlinie hatte sich Österreich ausbedungen, dass das Internet erst 18 Monate später, bis 15. März 2009, an der Reihe ist. Trotzdem verlangt der Entwurf – unter Berufung auf die österreichische Judikatur – die Speicherung unter anderem von Name und Anschrift der Inhaber von IP-Adressen, und eine Dokumentation, wer wann mit welcher Mail-Adresse aufruft.

EU-RICHTLINIE: Termine

Am 15. März 2006 haben das EU-Parlament und der Rat die Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsdatenspeicherung von Daten erlassen (veröffentlicht am 13. 4. 2006 im Amtsblatt L 105 S. 54). Nach ihr sollen Verkehrs- und Standortdaten von öffentlich zugänglichen Kommunikationsdiensten und öffentlichen Kommunikationsnetzen sechs Monate bis zwei Jahre lang gespeichert werden.

Bis 15. September 2007 ist der Großteil der Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Österreich will das Telekommunikationsgesetz mit Fokus auf die Telefonie mit dem 1. September novellieren.

Bis 15. März 2009 hat Österreich neben anderen Ländern, die sich diese Nachfrist ausbedungen haben, Zeit, die Richtlinie auch für die Kommunikation wie Internet vollständig umzusetzen.

„Unterwegs zum Überwachungsstaat“

Internet-Recht-Experte Zankl mahnt zu behutsamer Umsetzung der Richtlinie.

WIEN (kom). „Wir sind mit der EU-Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung auf dem Weg zum Überwachungsstaat“, sagt der Wiener Zivilrechts-Professor Wolfgang Zankl, Leiter des Europäischen Zentrums für E-Commerce und Internetrecht. „Es werden Grundwertungen auf den Kopf gestellt, und deshalb sollte der Gesetzgeber bei der Umsetzung äußerst behutsam vorgehen.“

Zankl orte im Gespräch mit der „Presse“ einen bedenklichen Eingriff in die grundrechtlich geschützte Achtung des Privatlebens (Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention). Ob das, mit jedoch der angestrebte Zweck, nämlich die Bekämpfung des Terrorismus, erreicht werden könne, sei überaus fraglich. Bestimmte Dienste seien von der Richtlinie ebenso wenig erfasst wie Diensteanbieter außerhalb Europas. Außerdem gebe es vielfältige techni-



Wolfgang Zankl: Verkehrsdaten erlauben Rückschlüsse auf Inhalte. [C. Pary]

sche Mittel, der Speicherung zu entgehen.

„Man wird deshalb letztlich nur die überwachen, die man nicht überwachen will“, sagt Zankl, „und diejenigen, die man überwachen will, werden sich entziehen können.“ Es stehe eine flächendeckende Überwachung ins Haus, die wenig oder gar nichts bringen werde, warnt Zankl.

Aus dem Umstand, dass bloß Verkehrs- und Standortdaten, nicht aber auch Inhaltsdaten gespeichert werden sollen, ist für Zankl nicht viel gewonnen. Denn aus den Verkehrsdaten können vielfach Rückschlüsse auf die Inhalte gezogen werden: Wenn jemand häufig die Adresse anonymalkoholkerde besuche oder mit bestimmten Ärzten kommuniziere, könnten daraus zumindest gewisse Schlüsse gezogen werden.

All das sind nach Meinung Zankls Argumente dafür, bei der Umsetzung der Richtlinie besonders vorsichtig zu sein und, wo dies möglich ist, die Entwicklung in anderen EU-Ländern abzuwarten. Dass nach dem Gesetzesentwurf auch (gravierende) Fahrlässigkeitsdelikte zu den Anlatsdaten zählen, derenwegen die Ausfolgung von Daten möglich sein soll, entspricht laut Zankl nicht der gewünschten Zurückhaltung.

Telefon, Internet: Gläserne Kunden? Terror-Eldorado?

DATENSPEICHERUNG. Überwachung trifft nur Bürger, nicht Kriminelle, so Experten.

VON ANDREAS WETZ

WIEN Um das Land vor Terroristen zu schützen, will der Staat Telefon- und Internet-Provider dazu verpflichten, alle Verbindungsdaten – also wer wann mit wem von wo und wie lange kommuniziert hat – sechs Monate und auf Verdacht („Vorratsdaten“) zu speichern. Diese von der EU geforderte Maßnahme trifft nicht nur auf Kritik von Grundrechtsschützern, sondern sorgt auch für Spott und Hohn bei IT-Experten: Für technisch versierte Kriminelle sei es nämlich ein Kinderspiel, der Daten-Falle zu entkommen. Letztendlich verstricke sich nur der ahnungslose Bürger im Netz der Datensammler und Behörden.

„Terror-Anschläge wird man damit nicht verhindern“, sagt Adrian Dubrowski von der Datenschutz-

► **E-Mail:** Im (nicht EU) Ausland existieren zahllose E-Mail-Anbieter (www.fepg.net/europe.html), die ihre Verbindungsdaten nicht speichern müssen. Dabrowski: „Wer dann noch diese E-Mails über öffentlich zugängliche Terminals abrufen, hat gute Chance, nicht erkannt zu werden.“

► **Telefonie:** Anstatt Vertragshandys benutzen Kriminelle schon heute Wertkarten-Telefone – zum Teil auch von ausländischen Providern. Ebenfalls beliebt: Anonyme Registrierungen bei Anbietern von Internet-Telefonie (www.voipproviderslist.com).

Sogar Justizministerin Maria Berger gibt in der Antwort auf eine Anfrage des liberalen Nationalratsabgeordneten Alexander Zach zu, dass die Datenspeicherung Anschläge nicht verhindern kann, sieht sie aber als „geeignetes Werkzeug für Aufklärungserfolge“ im Nachhinein.

Zach, der auf einem SP-Ticket im Nationalrat sitzt, kündigt deshalb an, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anzurufen. „Das Missbrauchspotenzial solcher Datensätze ist gigantisch. Ich fordere die Regierung deshalb auf, die EU-Richtlinie nicht umzusetzen und es auf ein Verfahren mit Brüssel ankommen zu lassen.“

Minimal-Variante für Brüssel

Hinter den Kulissen ist zu erfahren, dass selbst das für den Gesetzesentwurf zuständige Verkehrsministerium „nicht ganz glücklich“ mit der EU-Forderung ist, tatsächlich nur eine Minimalvariante umsetzt, um nicht von der Kommission wegen Untätigkeit verklagt zu werden.

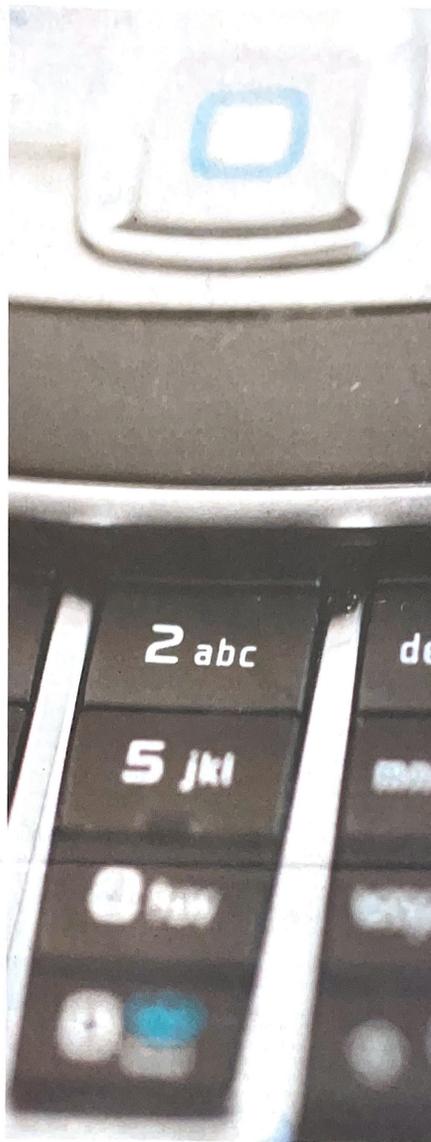
Kritisch sehen die Vorratsdatenspeicherung auch die heimischen Service-Provider. Klaus Steinmaurer, Leiter der Rechtsabteilung bei T-Mobile: „Bereits jetzt gibt es die Mittel, um Kriminellen auf die Spur zu kommen. Es ist mehr als fraglich, ob noch mehr Überwachung auch mehr Sicherheit bringt.“ **Rechtspanorama Seite 11**

LEXIKON

Bei Vorratsdaten-Speicherung wird erfasst, wer mit wem, wann, von wo aus wie lange telefoniert hat. Der Inhalt des Gesprächs wird (noch) nicht aufgezeichnet.

Organisation: „Quintessenz“. Im „Presse“-Gespräch erklärt der Computer-Experte, wie leicht man mit ein wenig Einfallsreichtum den Ermittlern entkommt.

► **Internet-Surfen:** Jeder zweite Wireless-LAN-Zugang ist unverschlüsselt. Das bedeutet: Wer es darauf anlegt, muss nur mit einem Laptop durch die Stadt spazieren und sich bei einem nicht geschützten Zugangspunkt – das kann das Netz einer technisch unbedarften Privatperson sein – ins Internet einloggen. Kriminelle Aktivitäten laufen damit über das Internet-Konto unschuldiger Bürger, die so zu Unrecht ins Visier der Ermittler geraten.



Vorratsdaten-Speicherung: Kein Telefongespräch bleibt mehr unbemerkt. (Fabry)

in kürze

Lehrer als Vergewaltiger?
Ein Deutschprofessor des katholischen Privatschulstifts Kollegium Kalksburg wurde wegen angeblicher Vergewaltigung einer Ex-Schülerin suspendiert. Die 25-Jährige, die der Mann bereits als Schülerin sexuell belästigt haben soll, ist derzeit in psychiatrischer Behandlung. Der Pädagoge bestreitet alle Vorwürfe.

NÖ: Mehr Polizisten
Innenminister Günther Platter und Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll vereinbarten am Montag in St. Pölten zur Bekämpfung der Kriminalität eine Aufstockung der niederösterreichischen Polizei um 55 Beamte.

Geld zurück: Kaum Anträge
Seit Aufhebung der Tempo-100-Zonen auf steirischen Autobahnen vor zwei Monaten können Autofahrer, die nach dem Immissionsgesetz Strafe gezahlt haben, ihr Geld zurückverlangen. Bis Montag hat von den rund 7600 Autofahrern erst jeder Fünftel sein Geld zurückverlangt. Die Frist läuft noch bis 31. Dezember.

Warnung vor Staus
Verkehrsexperten erwarten ab Mittwoch Nachmittag Staus auf den Routen Richtung Süden. Gründe sind Baustellen auf Süd-(A 2) und Tauernautobahn (A 10) und das GTI-Treffen in Kärnten.

kleinechronik

Namenstag.
Isidor, Sophie.

Akademisches.
Die Sponson von Jakob Mahringer zum Magister der Rechtswissenschaften findet heute, 16. 5., um 10 Uhr der Universität Wien statt.

Die Sponson von Maria-Diana Engelhardt zur Magistra der Philosophie findet am 16. Mai, um 14 Uhr im Gr. Festsaal der Uni Wien statt.

Auszeichnungen.
Kommerzialrat Ferdi Besim und Gerhard Kisser werden heute, Dienstag, mit dem Berufstitel „Professor“ ausgezeichnet.

Todesfall.
Dr. Alfons Freiherr von Stimpfl-Abele, Wirkl. Hofrat der Salzburger Landesregierung, ist am 12. Mai in Klosterneuburg im 90. Lebensjahr verstorben.

GLÜCKSSPIEL

Fall Kartnig: Jährlich sperrt das Casino 800 Gäste

VON MIRJAM MARITS

WIEN. 2,9 Millionen Euro soll Ex-Sturm-Präsident Hannes Kartnig im Grazer Casino gelassen haben. Geld, das er, so der Vorwurf, aus der Kasse des Fußballklubs genommen haben soll. Was (neben vielen anderen) die Fragen aufwirft: Wie kann jemand dermaßen viel Geld das ihm offenbar nicht gehörte, verspielen?

Fällt eine derart hohe Summe noch unter „Spielen mit Verantwortung“, wie es die Casinos propagieren? Würde er nicht wie andere Dauer-Kunden (allein 2004 war er 73-mal zu Gast) überprüft?

Doch, heißt es dazu bei den Casinos Austria, wenn auch kryptisch. „Herr Kartnig hatte keine Sonderrechte“, sagt Herbert Beck, Leiter der Abteilung „Responsible Gaming“ (also „Verantwortungsvolles Spielen“). „Man kann davon ausgehen, dass er den allgemein gültigen Regeln unserer Häuser unterworfen war.“

Und dazu müssten auch Überprüfungen gehört haben. Denn

Die Casinos wissen über Gewinn und Verlust jedes einzelnen Gastes Bescheid. Sagen sie. Bei hohen Geldsummen wird der Gast überprüft – ohne sein Wissen.



IN ZAHLEN: Casinos und Spielsucht

2,5 Millionen Gäste verzeichnen die zwölf Casinos jedes Jahr. **2000 Mal** holt die „Responsible Gaming“-Abteilung Wirtschaftsauskünfte über Casino-Gäste ein.

800 werden jedes Jahr gesperrt, weil sie spielsuchgefährdet sind oder

Geldsummen verspielt haben, die sie sich nicht leisten können.

30% all Jener, die wegen Spielsucht behandelt werden, geben an, in den Casinos abhängig geworden zu sein, 70 % in anderen Einrichtungen („Kleines Glücksspiel“). (Chevron/Tabery)

laut Glücksspielgesetz müssen die Casinos die Identität ihrer Gäste kennen und ihr Spielverhalten beobachten. „Wir wissen von jedem Besucher, wie oft er da war“, sagt Beck. Jeder größere Geldwechsel wird namentlich erfasst.“ So wisse man, wie viel Geld jeder Gast („zwar nicht auf den Euro genau, aber doch“) bei den sogenannten „Lebenspielen“ (Roulette, Black Jack etc.) gewonnen oder verspielt

hat. Ein dunkler Bereich sind die Spielautomaten: „Da haben wir natürlich keinen Überblick.“

Wechselt ein Spieler hohe Summen auf einmal, holt die „Responsible Gaming“-Abteilung ohne sein Wissen Wirtschaftsauskünfte ein. Etwa, ob er konkursgefährdet ist oder ob Pfändungen vorliegen. 2000 dieser Wirtschaftsauskünfte fragten sie jedes Jahr ab – die Zahl ist seit Jahren konstant. In vielen

Fällen wird eine Person auch mehrmals pro Jahr überprüft. „Gibt es da ein Problem“, so Beck, „wird der Gast zu einem Termin bestellt“, bei dem er Einkommen und Vermögen nachweisen muss. Dabei wird er auch nach Kreditrück- oder Unterhaltszahlungen gefragt. „Da sind wir natürlich auf die Ehrlichkeit angewiesen.“

Danach darf der Gast entweder weiterspielen oder er bekommt

eine Besuchsbeschränkung. Oder, was rund 800mal im Jahr der Fall ist, ein Gast wird gesperrt, „etwa weil wir drauf kommen, dass er Arbeitslosengeld bezieht.“

Kein Limit des Spielvolumens

Für die, die weiterspielen dürfen, gibt es kein Limit des Spielvolumens. Wer allerdings 500 Euro und mehr auf einmal in Jetons wechselt, macht sich verdächtig. „Das mag nicht viel erscheinen“, sagt Beck. „Aber wenn jemand zwanzigmal im Monat kommt, dann ist das sehr viel Geld.“

Um spielsuchgefährdete Personen herauszufiltern, gibt es in jedem Casino mindestens zwei Mitarbeiter von „Responsible Gaming“. Hinzu kommen drei bis vier Mitarbeiter bei den einzelnen Spieltischen und der Saalchef, die alle ein Auge darauf haben sollen, „ob ein Spieler nie eine Pause einlegt oder etwa versucht, sich von anderen Gästen Geld auszuborgen“. Der gläserne Casino-Gast also? Wohl nicht ganz, wie der Fall Kartnig zeigt.

Angst vor einem Überwachungsstaat



- **Datenschutzrat warnt vor Vorratsdatenspeicherung.**
- **Wien. Der Datenschutzrat beäugt die in Österreich geplante Vorratsdatenspeicherung, für die die Begutachtungsfrist am 21. Mai endet, skeptisch.** Nach einer Sitzung am Mittwoch wurde vor allem kritisiert, dass selbst bei geringen Vergehen auf Informationen zugegriffen werden könne.

vom 17.05.2007, 17:56 Uhr

Empfehlen 0 Teilen f t e mit Bild ohne Bild

Die Ratsvorsitzenden Johann Maier (SPÖ) und Harald Wögerbauer (ÖVP) betonten allerdings, dass man die EU-Richtlinie erfüllen müsse, auch wenn man dem Gesetz ablehnend gegenüber stehe. Die Datenschützer warnten davor, dass zu viel gespeichert werden könnte. Die Liste sollte sich auf terroristische Delikte beschränken, die es in erster Linie zu verhindern gelte. Vergehen wie etwa Stalking oder das Herunterladen von Musik hätten damit nichts zu tun.

Dem Grünen Mitglied Hans Zeger ist die angekündigte Erklärung des Datenschutzrates zu wenig, weswegen er ein "Votum Separatum" ankündigte. Wenig Verständnis dafür hatte Wögerbauer. Er meinte, Zeger hätte sich in der Sitzung nicht zu Wort gemeldet.

Kostenfrage ungeklärt

Schon im Vorjahr hatte der Rat in einem Grundsatzbeschluss die Vorratsdatenspeicherung in Frage gestellt. Wenig sei in dieser Sache geklärt, vor allem die Kostenfrage sei ungeklärt. "Wir haben keine Veranlassung, von unserer grundsätzlichen Haltung abzugehen", so Maier. Nun versuche man, die Sache auf einem "niedrigstmöglichen Standard" umzusetzen. Für ein Nichtigkeitsverfahren, wie es etwa Irland angestrebt hat, sei die Zeit in Österreichs Fall abgelaufen.

Mit der Änderung des Telekommunikationsgesetzes will man einer EU-Richtlinie zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus genüge tun. Vorgesehen für eine Speicherung sind Telefonate, SMS und Internetverkehr. Unklar ist derzeit, ob auch E-Mails dazu gehören. Zumindest steht fest, dass keine Inhalte gespeichert werden, sondern nur allgemeine Aktivitäten wie etwa das Einwählen ins Netz.

Empfehlen 0 Teilen f t e mit Bild ohne Bild

Weiterlesen in Österreich



1936-2022
Emeritierter Feldkircher Bischof Fischer gestorben
Update vor 20 Minuten



URTEIL
Polizeikontrollen bei Gartenparty zulässig
18.01.2022 15



CORONAVIRUS
16.685 Neuinfektionen und 20 weitere Todesopfer
18.01.2022 2



ENTBINDUNGEN
Erstmals wieder Babyboom in Österreich
18.01.2022 2 4



BIMAIL

W. FENEBERG
G. SPORSCHILL



Genügt es, anständig zu sein?

Die menschlichen Reserven aktivieren. Was sage ich Suchenden? Was führt aus einem Konflikt heraus?

Jugendliche bewerben sich für ein soziales Jahr. In den Auswahlgesprächen frage ich: Warum willst du das tun? Nur die rechte Motivation macht es den Jugendlichen möglich, Entbehrungen auszuhalten, Erfolge und Misserfolge in der Sozialarbeit zu verkraften und Rumänisch oder Russisch zu lernen. Bewerber, denen Idealismus und Einsatzfreude aus den Augen leuchten, fragen im Gespräch nicht selten: Muss ich bei euch in die Kirche gehen? Sie gestehen freimütig, wie fern sie von Religion und kirchlichem Leben sind. Wenn ich ihnen alle Herausforderungen deutlich gemacht habe, sage ich ganz ehrlich: Du musst nicht beten, du musst nicht in die Kirche gehen. Diese Freiheit fällt mir leicht, weil ich weiß, was mit den meisten Volontären in den letzten Jahren geschehen ist. Früher oder später wurden sie von Strafenkindern an der Hand genommen und in die Kapelle geführt. Wenn sie kein Kreuzzeichen beim Tischgebet machten, wurden die Kinder zu Lehrern und zeigten es ihnen. Einmal bekannte eine österreichische Mitarbeiterin vor einem rumänischen Kollegen, sie sei Agnostikerin. „Eine Atheistin! Sie

Wer bereit ist, den Willen Gottes zu tun, wird erkennen, ob diese Lehre von Gott stammt.
Joh 7,17

ist doch keine Kommunistin?“, fragte mich kopschüttelnd der Junge. Doch wie bei den meisten Volontären, die aus dem Wohlstand kommen, hielt auch bei ihr der „Atheismus“ nicht lange. Wenn sie mit den Kindern singen und lesen lernen, spätestens wenn ihnen ein Schützling ans Herz gewachsen ist oder wenn sie von Kleinen in die Kapelle geschleppt werden, wenn sie mit den Strafenkindern leben, erkennen die meisten ihre religiösen Wurzeln.

So weltlich ist das, was Jesus verkündet. Er vertraut auf das Tun, auf die rechte Praxis des Menschen. „Wer bereit ist, den Willen Gottes zu tun, wird erkennen.“ Jeder hat ein Gewissen, das ihn führen kann. Die Katholische Kirche hat im I. Vatikanum, als es um den Kampf gegen Atheismus und Darwinismus ging, festgehalten, dass der Mensch auf jeden Fall verpflichtet ist, seinem Gewissen zu folgen, selbst, wenn es irrt. Dahinter steht das Vertrauen, dass jeder Mensch die Stimme Gottes hören kann. Deshalb ist es menschliche Pflicht, das Gewissen zu entwickeln. Jesus meint das Gewissen mit dem weitherigen Satz: „Meine Mutter und meine Brüder sind die, die das Wort Gottes hören und danach handeln.“ Im Grunde sind damit die anständigen Menschen gemeint. Anstand und soziale Gesinnung ist ein Biotope, in dem Spiritualität wachsen kann. Jakobus, der Bruder Jesu, formuliert den Weg über das Tun provokant: „Was nützt es, wenn einer sagt, er habe Glauben, aber es fehlen die Werke? Kann etwa der Glaube ihn retten?“ (Jak 2,14)

Es ist wichtig, auf das Tun der Menschen zu schauen. Das gilt vor allem bei Jugendlichen, die auf der Suche sind oder sich ablösen müssen. Ich kann ihnen Gerechtigkeitssinn ansprechen, ich suche mit ihnen Möglichkeiten für gute Taten. Wer anständig ist oder helfen will, wird einen Weg finden. Was sagt du suchenden Menschen? Wo hast du sie überfordert? Wo ist es dir gelungen, sie zu stärken?

meinung@diepresse.com

Bimail steht für Bibelmall, ein wöchentliches Rundmail von Georg Sporschill und Wolfgang Feneberg, adressiert an Führungskräfte. Darin werden Lehren aus der Bibel auf das Leben von heute umgelegt.

diepresse.com/bimail

Auf dem Weg zum Überwachungsstaat?

GESPRÄCHSSTOFF

Leicht zu umgehen

Unterwegs zum Überwachungsstaat, 15. Mai; Telekom-Daten: Lizenz zum Spiechern, 15. Mai

Wolfgang Zankl äußerte seine Bedenken über die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung und behauptete, dass sich Österreich durch dessen Realisierung auf dem Weg zum Überwachungsstaat befindet. Ich persönlich kann Herrn Zankl in dieser Hinsicht nur zustimmen, da durch die flächendeckende Überwachung von Telekomdaten das EU-Gesetz über die Grundrechte eines jeden einzelnen

Staatsbürgers erhoben wird und somit im Widerspruch mit dem Nationalgesetz steht. Des Weiteren ist die Zweckmäßigkeit dieser Verordnung zu hinterfragen, da Personen, die unerkannt bleiben wollen, die Überwachungen leicht umgehen können, und diese daher kaum, wie eigentlich vorgesehen, zur Vereitelung von Terroranschlägen nützt.

Auch die Art der Finanzierung dieses Gesetzesvorschlages steht noch im Raum, da sich die Telekom-Anbieter großteils nicht bereit erklären die Kosten der zusätzlichen Datenspeicherung zu tragen.

Somit ist entweder mit einer Tarifierhöhung dieser Anbieter zu Lasten der Kunden, das heißt zu Lasten der Bürger zu rechnen, oder mit einer Kostenbeteiligung des Staates, die jedoch wiederum durch Steuergelder und daher von den österreichischen Staatsbürgern finanziert wird.

Dies würde letztendlich bedeuten, dass wir selbst für die Überwachung unserer eigenen privaten (Telekom-) Daten und derer unserer Mitbürger aufkommen müssten, obwohl sich ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung entschieden gegen diese EU-Richtlinie und gegen diesen Schritt hin zum Überwachungsstaat ausspricht.

Tobias Unterraier
5585 Unternberg

In Privatsphäre eingegriffen

Telefon, Internet: Gläserne Kunden? Terror-Eldorado?, 15. Mai

Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung wird grundlegend in unser aller Privatsphäre eingegriffen: Wir werden von Videokameras erfasst, unsere Gesundheitsdaten weitergegeben, Telefongespräche aufgezeichnet und bald sogar Internetzugänge gespeichert.

Die wenigsten Bürger sind sich dessen bewusst, denn all das geschieht unter dem



Was überwacht (hier die Polizeiinspektion am Karlsplatz in Wien)?

Deckmantel der Terrorbekämpfung. Die Überwachung unserer Telefonate gibt Aufschluss über persönliche Kontakte oder Vorhaben.

Wollen wir wirklich, dass all diese Daten registriert werden? Zusätzlich stellt die Speicherung dieser Aufzeichnungen einen hohen Kostenfaktor dar.

Es stellt sich die Frage, ob hier der Schutz vor Terrorismus wirklich im Vordergrund steht, oder ob unsere Daten für anderwärtige Zwecke missbraucht werden. Wir sind der Meinung, dass Terroristen, die tatsächlich Attentate planen, sehr wohl in der Lage sind, diese Speicherung zu umgehen. Demnach werden hauptsächlich jene Menschen überwacht, die man gar nicht überwachen will.

Wir stehen der Entwicklung hin zum Überwachungsstaat äußerst kritisch gegenüber und sehen in dieser Vorgangsweise eine Einschränkung in unserer persönlichen Freiheit.

Christina Pertl,
Julia Keidel,
Maria Schitter,
Elisabeth Grün
5570 Mauterndorf

Verstoß gegen Menschenrechte

Die Vorratsdatenspeicherung, welche die Telekomunikation per Festnetz und Handy betrifft, ist nicht nur ein enormer Kostenaufwand sondern verstößt auch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Wir können nicht nachvollziehen wie die Speicherung von Telekomdaten zur Bekämpfung des Terrorismus beitragen soll, wenn man diese so einfach umgehen kann.

Denn anonym erworbene Wertkartenhandys und Web Mail-Betreiber wie z. B. hotmail.de, die nicht in der EU erfasst sind, sind von diesem „Speicherprogramm“ bekanntlich ja ausgeschlossen.

Deshalb würde man im Prinzip nur die überwachbaren, die ohnehin nichts zu „verbergen“ haben, wie auch schon der Wiener Zivilrechts-Professor Wolfgang Zankl in dem Artikel „Unterwegs zum Überwachungsstaat“ feststellte.

Aufgrund dessen halten wir es beinahe für lächerlich und zweifelhaft an der Sinnhaftigkeit dieses Gesetzes.

Laura de Monte,
Charlotte Kraft
8863 Preditz

Ein Siegerbild als Farce

Offener Brief an Herrn Chefredakteur Michael Fleischhacker, Die Presse, Wien

Sehr geehrter Herr Chefredakteur, vor wenigen Tagen wurde dem langjährigen Mitglied des Syndikates, Clemens Fabry, der in Ihrem geschätzten Haus die Agenden der Pressefotografie wahrnimmt, mit dem von APA und Canon gesponserten Pressefoto Award „objektiv07“, Spartenpreis Politik, ausgezeichnet. Sein Meisterfoto „Gusenbauers Kindheitstraum-Erfüllung“ ist Zeitgeschichte pur, ein Dokument, das unter besonders schwierigen Bedingungen gelang. Wir gratulieren Clemens Fabry nochmals auch auf diesem Weg zu seiner Spitzenleistung! Auch Ihr Blatt darf sich glücklich schätzen, einen derartigen Kollegen in Ihrem Mitarbeiterstab zu haben, noch dazu, da er mit dem wichtigsten österreichischen Pressefotopreis bedacht wurde.

Sie wussten diese Auszeichnung auch richtig zu werten und kündeten mit großen Letzern den Erfolg Ihres Mitarbeiters auf der Titelseite der Ausgabe Mittwoch/Donnerstag, 16./17. Mai 2007 an – doch wir trauten unseren Augen nicht! Das wichtigste Bild des letzten Pressefotojahres beschnitten Sie zur Hälfte, klammerten wichtige Bildbestandteile aus und machten somit eine Siegerarbeit zur Farce. Ja, gerade die rote – ex-terre Phalanx Gusenbauer-Fischer ist wichtiger Bildbe-

standteil (traurig, dass man das überhaupt erwähnen muss). So verachtendes Layout, eine derartig brutale „Amputation“ hat es in der Geschichte der Pressefotografie und wohl auch in der Geschichte der Medien noch nicht gegeben – sei es denn, politische Zensur bediente sich der Schere oder anderer Manipulationen! Diese Verstümmelung ist Ihrer Leser nicht würdig, das ist unprofessionell, zu verurteilen. Vielleicht sollten Sie Ihre Leser aufklären, zumal sie wahrscheinlich vielleicht in anderen Medien das Bild zur Gänze sahen und sich fragen müssen, warum unser Bundespräsident in der „Presse“ weg musste?

Wir vom Syndikat können uns vorstellen, wie Clemens Fabry zumute sein muss, nachdem ja der Award objektiv07 für ihn zum rauschenden Fest wurde. Dann der Schock der verstümmelten Veröffentlichung! Nur der Verlust des Augenlichts wäre für einen passionierten Fotografen wie Clemens Fabry noch schlimmer!

Sehr geehrter Herr Chefredakteur, Ihr Zitat aus dem „Extradiens“ vom 11.10.2004, des Inhalts: „Ich habe mich immer bis an meine körperlichen Leistungsgrenzen eingesetzt. Man sagt mir ein schreibarisches Talent nach“. Und: „Ich scheiß mir nich. Das ist, glaube ich, das Wichtigste“. Quelle: <http://www.extradiens.at/jaos/page/main?archiv?content.tml?ausgabe?id=75&article?id=13976>

Für die Pressefotografie allgemein und

für Ihre Leser speziell hoffen wir, dass Sie den Faux Pas korrigieren, die Glaubwürdigkeit der Pressefotografie unterstützen, das Ansehen der Fotojournalisten wieder herstellen. Und noch eines:

Auch ein halbiertes Foto sagt mehr als 1000 Worte!

Georges Schneider und Gerhard Sokol
Im Namen aller Kollegen und der Mitglieder des Syndikates der Pressefotografen, Pressebildjournalisten und Filmreporter Österreichs

Sehr geehrter Herr Schneider, sehr geehrter Herr Sokol, für uns und unsere Fotografen gehört es zum Tagesgeschäft, dass wir aus Gründen der Blattgestaltung gemeinsam Bildausschnitte festlegen, es wäre ja schlichterdinges unmöglich, ausschließlich die gängigen Formate zu verwenden. Ebenso selbstverständlich war es für uns, im Zuge der Berichterstattung auch das Originalbild zu veröffentlichen. Die Freitag-Ausgabe, die es erschien, ging zumindest 12 Stunden bevor Sie uns mit Ihrem Empörungspostfach beglückten, in Druck (ich empfehle unwirksam, Sie aber nicht kommentieren, da Sie ab dem Verlust des Augenlichts nicht mehr in der Lage sind, die Realität zu sehen). Sie aber gerne für einen Tag in unsere Redaktion ein, mir scheint, ein gelegentlicher Realitycheck könnte nicht schaden.

Michael Fleischhacker
Chefredakteur „Die Presse“

Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.

LESERBRIEFE



Leserbriefe richten Sie bitte an: „Die Presse“, Hainburger Straße 33, 1030 Wien
leserbriefe@diepresse.com



AK übt Kritik an geplanter Vorratsdatenspeicherung

Konsumentenschützerin Zimmer: "Das birgt für unbescholtene Telekomnutzer die Gefahr, Teil behördlicher Ermittlung zu werden, nur weil sie zufällig auf Listen als Angerufene aufscheinen"

Redaktion

21. Mai 2007, 16:17 / 7 Postings

Die geplante Novelle zum Telekommunikationsgesetz über die Speicherung von Daten auf Vorrat in Österreich schießt über das EU-Ziel hinaus, kritisiert die AK in ihrer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf. "Der Aufwand für das Anlegen so riesiger Vorratsdatenbanken ist enorm, könnte letztendlich die Konsumenten teuer kommen und greift zu weit in ihre Privatsphäre ein" warnt AK-Konsumentenschützerin Daniela Zimmer. Obwohl sich die EU auf schwere Delikte, z.B. Terrorismus, beschränkt, sollen laut Novelle in Österreich auch Vorratsdaten von Bürgern bei Vergehen mit mehr als einem Jahr Freiheitsstrafe von Behörden abgerufen werden können.

Gefahr

"Das birgt für unbescholtene Telekomnutzer die Gefahr, Teil behördlicher Ermittlung zu werden, nur weil sie zufällig auf Listen als Angerufene aufscheinen", so Zimmer. Die AK verlangt eine schonendere Umsetzung der EU-Richtlinie.

Telefon-, Mobilfunkanbieter und Internetprovider müssen Kunden-Daten sechs Monate aufheben

Die EU-Richtlinie über die Vorratspeicherung von Verkehrsdaten soll die Verfolgung von Verbrechen erleichtern und muss größtenteils bis September 2007, für Internet- und Maildaten bis 2009 in Österreich umgesetzt werden und wird nun mit der Novelle zum Telekommunikationsgesetz umgesetzt. Demnach müssen Telefon-, Mobilfunkanbieter und Internetprovider künftig Daten der Kunden sechs Monate lang aufheben: also wer mit wem, wann, wie lange telefoniert hat sowie der Standort von Handy-Anrufern und der Ursprung und das Ziel einer Internetverbindung. Mit richterlichem Beschluss können Behörden auf die Daten zugreifen. Die bisherige Datenschutzgarantie, dass Verkehrsdaten nach der Verbindung oder Entgeltabrechnung sofort gelöscht werden, fällt damit.

"Der Gesetzesentwurf beschränkt sich nicht auf das von der EU vorgegebene Minimum"

"Der Gesetzesentwurf beschränkt sich nicht auf das von der EU vorgegebene Minimum", sagt Zimmer. Denn die Richtlinie dient ausdrücklich dem Zweck, mittels Datensammlung die Aufklärung schwerer Straftaten, vor allem im Bereich organisierter Kriminalität und terroristischer Akte zu erleichtern. Was darunter zu verstehen ist, überlässt sie den Mitgliedsländern. Obwohl die Richtlinie den Anwendungsbereich damit auf besonders schwere Delikte beschränkt, nennt der Entwurf auch die Verfolgung von bloßen Vergehen, die mit mehr als einem Jahr Freiheitsstrafe bedroht sind, als Zweck des Vorratspeicherns. "Dadurch werden die Daten auch völlig unbescholtener Telekom- und Internetnutzer künftig deutlich mehr als von der EU vorgeschlagen der Gefahr ausgesetzt, Teil behördlicher Ermittlungen zu werden, nur weil sie zufällig auf irgendwelchen Listen als Angerufene aufscheinen", kritisiert Zimmer. Mit Blick auf den Anlass der Richtlinie - Terrorakte in London und Madrid - sollten sich auch solche Eingriffe in die Privatsphäre in Österreich auf wirklich schwere Straftaten beschränken.

Kosten

Die Betreiber warnen auch vor den Kosten der Einführung von Vorratsdatenbanken - Kosten, die letztlich die Konsumenten treffen. Da ohnehin zum Nachteil für Telekom- und Internetkunden bisherige Datenschutzgarantien fallen, muss mit Regeln zum Aufwandsersatz verhindert werden, dass zusätzlich auch die Kosten auf KonsumentInnen abgewälzt werden. (red)

LinkAKNachleseGeplante Vorrats-Datenspeicherung stößt Datenschützern sauer aufSpeicherung von Telefon- und Internetdaten geplant

Wir empfehlen folgende Artikel zum Weiterlesen:



RATSCHLÄGE VON EXPERTEN ▢ 843

Wie man 10.000 Euro am besten investiert

Wer 1988, im ersten Erscheinungsjahr des STANDARD, Geld anlegte, freut sich jetzt über satte Renditen. Immobilien, Gold, Krypto: Wo würde sich eine Investition heute lohnen?



UKRAINE-KONFLIKT ▢ 541

Untergegangenes Imperium: Russlands Traum von alter Größe

Viele Russen unterstützen Wladimir Putin nach der Chaos-Erfahrung der 90er-Jahre. Dieser wiederum sieht die Ukraine als Gefahr für die eigene Macht

ANALYSE



NEUINFEKTIONEN ▢ 552

Corona-Zahlen: Fortwährende Datenprobleme, weit mehr als 20.000 Neuinfektionen

Die Sieben-Tage-Inzidenz in sämtlichen Bundesländern ist mittlerweile über 1.000. Die höchsten Inzidenzen wurden in Tirol, Salzburg und Wien verzeichnet



CORONA-PANDEMIE ▢ 131

Gecko fürchtet hohen Anstieg an Covid-Fällen und Hospitalisierungen

Der Belag auf Intensivstationen dürfte jedoch nur langsam steigen. Ein vierter Stich sei derzeit nicht nötig

Ihr Kommentar...

1 bis 7 Alle Postings ▾ neueste ▾

gelöschtes Profil 21. Mai 2007, 14:56:27

Hausdurchsuchung

Ich kann mir gut vorstellen wie das dann geht. Ein Kind wird entführt und die Öffentlichkeit schreit nach der Polizei.

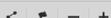
Mittels Rasterfahndung werden dann die Verdächtigen ermittelt. Bei den 100 Verdächtigen wird dann geschaut wen sie angerufen haben.

Herr X wird von der Datenbank als Verdächtiger ausgespuckt. Die Polizei befragt dann die Freunde vom Herrn X.

"Guten Tag, Polizei. Wir ermitteln im Zusammenhang mit der Kindsentführung ... ist ihnen am Herrn X etwas aufgefallen... bitte vertraulich behandeln..."

Der Herr X wird keine Freunde mehr haben und sich wundern wie das gekommen ist.

antworten



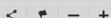
gelöschtes Profil 21. Mai 2007, 14:42:58

Datenschutz ist für schwarz-blaurange Politiker nur dann interessant

wenn es um die anonymität korrupter Beschaffungsagenten geht, die ihre persönlichen Daten brav ausschwärzen...

Jaja... die Demokratie lebt von den Unterschieden (zwischen reich und privilegiert und mittellosem Wählervieh...)

antworten



gelöschtes Profil 21. Mai 2007, 14:29:09

Sturmlauf gegen Datenspeicher



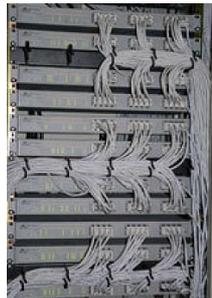
- Österreichs Plan zur Speicherung von Handy- und Internetdaten stößt auf Kritik.
- Wien. (fez) Alle, wirklich alle Daten müssen gespeichert werden. Das sieht die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung vor. Egal, ob man mit einem Handy telefoniert oder eine Url in den Browser eintippt. Jeder dieser Vorgänge wird schon bald für ein halbes Jahr registriert bleiben. Über Details der Speicherung dürfen die EU-Mitgliedsstaaten selbst befinden. Die österreichische Lösung wird heftig kritisiert.

vom 22.05.2007, 19:20 Uhr

Empfehlen 0 Teilen

mit Bild ohne Bild

Nach der ISPA, der Dachorganisation der österreichischen Service-Provider, meldete am Dienstag auch das Europäische Zentrum für E-Commerce und Internetrecht Bedenken gegen die von Österreich geplante Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung an. Nach dieser Richtlinie müssen die EU-Mitgliedstaaten Netzbetreiber und Access Provider dazu verpflichten, in den Bereichen Mobilfunk, Festnetztelefonie, E-Mail und Internettelefonie flächendeckend und verdachtsunabhängig mindestens sechs Monate lang zu speichern, wer wann mit wem und von welchem Ort aus kommuniziert. Die Begutachtungsfrist für die von Österreich dazu geplante Novelle des Telekommunikationsgesetzes ist am Montag abgelaufen.



Switches in einem Rack: Wer mit wem wann Kontakt aufnimmt, müssen sich die Provider ein halbes Jahr lang merken. - © Parkis

Der Entwurf hält sich mit einer Speicherdauer von sechs Monaten und einer Einschränkung bei den Datenarten an die Minimalvorgaben aus Brüssel. Bei den Bestimmungen, wer unter welchen Bedingungen auf die Daten zugreifen darf, sieht der ISPA-Präsident Roland Türke den Staat über die Stränge schlagen: Die verdachtsunabhängige Speicherung von Kommunikationsdaten aller Bürger stelle einen massiven Grundrechtseingriff dar.

Die EU-Richtlinie sieht vor, dass die Daten ausschließlich zur Verfolgung von schweren Straftaten, insbesondere von Terrorismus und organisierter Kriminalität, verwendet werden dürfen. Der vorliegende Entwurf spricht jedoch von "mit beträchtlicher Strafe bedrohten Handlungen". Damit, so Türke, entspricht er nicht den Anforderungen der Richtlinie, da in dieser Definition sogar Fahrlässigkeitsdelikte inkludiert wären.

"Es müsste viel mehr darauf geachtet werden, dass die Eingriffe in die Grundrechte so gering wie möglich gehalten werden. Zudem muss an die Schwere der Straftat hohe Anforderungen gestellt werden - zumindest 3 Jahre Strafandrohung - und der Zugriff auf die Daten sollte nur aufgrund eines schriftlichen Beschlusses eines Strafrichters erfolgen", fordert Türke.

Das Europäische Zentrum für e-commerce und Internetrecht sieht das ähnlich: Österreichs geplante Vorratsdatenspeicherung weise "ein beträchtliches Eingriffspotenzial" auf, "das aus grundrechtlichen Erwägungen höchst problematisch ist. Der österreichische Gesetzgeber sollte daher bei der Umsetzung der Richtlinie mit großer Zurückhaltung verfahren", raten die europäischen Experten. Außerdem enthalte die geplante Novelle keinerlei Regelung darüber, wer die Kosten für die Vorratsdatenspeicherung tragen soll.

Das Europäische Zentrum für e-commerce und Internetrecht verweist auch darauf, dass eine derartige flächendeckende verdachtsunabhängige Überwachung der gesamten Bevölkerung einen "schwerwiegenden Eingriff in das Grundrecht auf Privatsphäre im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention" darstelle. Ein solcher Eingriff könne nur dann gerechtfertigt sein, wenn die gewählte Maßnahme überhaupt geeignet sei, dem öffentlichen Interesse der Verfolgung von "schweren Straftaten" zu dienen.

Tatsächlich gebe es jedoch zahlreiche Möglichkeiten die Vorratsdatenspeicherung zu umgehen, z. B. durch die Verwendung von Wertkarten-Handys. Mitglieder krimineller bzw. terroristischer Organisationen würden sich der Vorratsdatenspeicherung daher leicht entziehen können, weshalb tatsächlich nur jene Personen von der Überwachung betroffen wären, die eigentlich gar nicht Ziel der Überwachung seien.

Das Europäische Zentrum für e-commerce und Internetrecht bezeichnet sich selbst als "größte europäische Plattform für Rechtssicherheit im E-Commerce und Mobile Business". Es steht unter der Leitung des Wiener Zivilrechtlers Wolfgang Zankl, hat seinen Sitz in Wien sowie Niederlassungen in London, Leipzig, Prag, Budapest und Brüssel.

WZ Online / Apa

FAYMANN WILL NACH HEFTIGER KRITIK DEN GESETZESENTWURF NOCH ÜBERPRÜFEN

Überwachungsgesetz: Kommt Entschärfung?



- Verkehrsdaten von Handy und Internet werden gespeichert.
- Schwere Eingriffe in die Grundrechte.
- Wien. Der Aufruhr um die bevorstehende Datenspeicherung bei Telefonaten und E-Mails ist weiterhin groß. Anlässlich der sich häufenden Kritik - unter anderem auch von Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer - ruderte Verkehrsminister Werner Faymann gestern, Mittwoch, zurück. Er kündigte an, den Gesetzesentwurf zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes noch einmal zu überprüfen.

vom 23.05.2007, 17:09 Uhr

Empfehlen 0

Teilen



mit Bild



ohne Bild



Die Begutachtungsfrist für die Gesetzesänderung ist am Montag ausgelaufen, nun werden die Stellungnahmen evaluiert.

Sowohl Faymann als auch die Justizministerin Maria Berger betonen, dass man mit dem Gesetz nur die "Mindestnorm" der EU erfüllen möchte.

S

Stephanie Dirnbacher

Terrorismusbekämpfung

Die Änderung sieht vor, dass Netzbetreiber flächendeckend und verdachtsunabhängig sechs Monate lang speichern müssen, wer mit wem wann und von welchem Ort aus telefoniert. Der Inhalt des Gesprächs wird nicht gespeichert.

Der Zweck dahinter: Wird jemand einer Straftat verdächtigt, sollen die Sicherheitsbehörden zur Verfolgung des Delikts auf die gespeicherten Daten zugreifen können.

Grund für die Gesetzesänderung ist die EU-Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung von Telefonaten und E-Mails, die nun ins nationale Recht umzusetzen ist. Ihr Ziel ist eigentlich die Terrorismusbekämpfung. Hans Zeger, Mitglied des Datenschutzrates, hält wie so viele andere Kritiker der Richtlinie die vorgesehenen Mittel zur Erfüllung des Zwecks für nicht geeignet.

Terroristen würden sich nämlich schnell auf die Maßnahmen einstellen und Tricks finden, um nicht erwischt zu werden.

Die Richtlinie würde also nur Kleinkriminelle und solche Delinquenten treffen, die aus mangelndem Unrechtsbewusstsein heraus unvorsichtig handeln.

Unverhältnismäßigkeit

Auch die Unverhältnismäßigkeit der Richtlinie wird von Datenschützern scharf kritisiert. Schließlich erlaubt die Richtlinie Eingriffe in das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens - ein Grundrecht, das in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert ist. "Für einen solchen staatlichen Eingriff bedarf es einer Rechtfertigung", mahnt Christian Schmaus vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte. Ein Eingriff sei nur bei "Vorliegen von Verdachtsmomenten zulässig".

Abgesehen von der Richtlinie ärgern sich Datenschützer über die österreichische Umsetzung, die nach ihrer Meinung weit über das Ziel hinaus schießt.

Denn der Kreis der Delikte, bei dem die gespeicherten Daten herausgegeben werden müssen, ist mit einem niedrigen Strafniveau weit gesteckt. Die Polizei kann dann auf die Daten zugreifen, wenn es um eine Straftat geht, die mit einer mehr als einer einjährigen Freiheitsstrafe bedroht ist. Darunter fallen unter anderem Amtsmissbrauch, Stalking, und diverse Fahrlässigkeitsdelikte.

Christine Stockhammer, die Sprecherin des Justizministeriums, versucht zu beruhigen: "Es wird nicht alles gescreent und überwacht", stellt sie im Gespräch mit der "Wiener Zeitung" klar. Die Daten werden lediglich gespeichert, ein Zugriff darauf ist nur mit richterlichem Beschluss möglich.

Anwälte übergangen

Kritik an dem Gesetz wollten eigentlich auch die heimischen Rechtsanwälte üben. Doch "uns ist



Speicherung von Telefon- und Internetdaten geplant

Vorratsdatenspeicher-ung - Novelle zum Telekommunikations- gesetz in Begutachtung - LIF: "Grundrechts- politischer Dammbbruch"

Redaktion

23. Mai 2007, 10:01/173 Postings



Grafik: Archiv

Eine sechsmontatige Speicherung von Telefon- und Internetdaten sieht eine Novelle zum Telekommunikationsgesetz vor, die derzeit in Begutachtung ist. Demnach müssen Telefon- und Mobilfunkanbieter sowie Internetprovider künftig sämtliche Kommunikationsaktivitäten (Telefon, E-Mail, SMS) ihrer Kunden protokollieren und für "ermächtigte Behörden" bereithalten. Mit dieser "Vorratsdatenspeicherung" werden zwar keine Inhalte von Gesprächen erfasst, wohl aber wer wann mit wem und von welchem Ort aus kommuniziert. Gleiches gilt für E-Mails: Internetprovider haben zu speichern, wann wer mit welcher IP-Adresse im Internet aktiv war.

Genehmigung

Bisher dürften diese Informationen nur mittels einer richterlich genehmigten Überwachung bei konkretem Verdacht erhoben werden, nun sollen sie verdachtsunabhängig auf Vorrat gespeichert werden können. Damit soll eine EU-Richtlinie umgesetzt und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie die Ausforschung von Terror-Verdächtigen erleichtert werden.

Möglichkeiten

Laut Gesetzesentwurf soll damit die Möglichkeit geschaffen werden, "die beträchtlichen technischen Fortschritte im Bereich der elektronischen Kommunikation im Rahmen der Ermittlung, Feststellung und Verfolgung von Straftaten, insbesondere der organisierten Kriminalität, zu nutzen". Deshalb sollen Telekommunikationsbetreiber dazu verpflichtet werden, "Verkehrs- und Standortdaten, die beim Erbringen von Kommunikationsdiensten erzeugt oder verarbeitet werden, für Zwecke der Strafverfolgung zu speichern. Dies soll den Strafverfolgungsbehörden nach Maßgabe einer gerichtlichen Anordnung bzw. Bewilligung den nachträglichen Zugriff auf Daten ermöglichen, um über die Art, Zeitpunkt, Dauer, Ausgangs- und Endpunkt einer Telekommunikationsverbindung Kenntnis zu erlangen."

Dammbbruch

Der liberale Abgeordnete Alexander Zach, der auf einem SPÖ-Ticket im Parlament sitzt, sieht darin einen "grundrechtspolitischen Dammbbruch", der nicht zuletzt auch die Unabhängigkeit der Medien massiv einschränkt. Er will nun Berufsgruppen und Organisationen dafür sensibilisieren und hat deshalb u.a. an rund 100 Journalisten Briefe geschrieben. "Die Unschuldsvermutung gilt nicht mehr, jeder ist potenzieller Verbrecher. Die gesamte Bevölkerung wird präventiv überwacht und bürgerliche Freiheiten werden einem vermeintlichen Mehr an Sicherheit geopfert. Das neue Gesetz kennt keine Ausnahmen für Berufsgruppen wie Ärzte, Rechtsanwälte, Kirchenvertreter oder Journalisten", heißt es darin. (APA)

Wir empfehlen folgende Artikel zum Weiterlesen:

-  **CORONAVIRUS** 1.088
Regierung schüttet über Impflotterie bis zu eine Milliarde Euro aus
Türkis-Grün hat sich mit der SPÖ auf ein Anreiz- und Belohnungssystem geeinigt. Bei der Lotterie soll jede Teilimpfung eine Chance auf einen 500-Euro-Gutschein sein. 400 Millionen Euro sind für Gemeinden mit hoher Impfrate vorgesehen. Die "Abwicklung" über ORF ist noch nicht fixiert.
 -  **JAHRESBILANZ** 201
Verwirrung über Ukraine-Position nach Bidens Pressekonferenz
Der US-Präsident zog nach einem Jahr erstmals Bilanz. Dabei ging es vor allem um den Konflikt mit Russland – seine Aussagen dazu sorgten für Verwirrung
 -  **CORONA-KRISE** 192
Angst vor Personalengpässen wegen Quarantäne: "Es brennt an allen Ecken und Enden"
Mehr als 400.000 Österreicher sind in Quarantäne. Unternehmen gehen Mitarbeiter aus. Schulen wollen Engpässe mit Studierenden und pensionierten Lehrkräften abfedern
 -  **KATHARINA KÖRBER-RISAK** 110
Letzte Waffe Impfpflicht
Die Regierung hat sich der Angst vor dem politischen Gegner ergeben. Jetzt muss der Staat ganz hinter seiner Entscheidung stehen und bei den Sanktionen härter auftreten, als es der Entwurf derzeit vorsieht
- KOMMENTAR DER ANDEREN**

Ihr Kommentar...

1 bis 25 Alle Postings (173) | neueste

Harald Nowak 3 17. Mai 2007, 15:39:28

Eines schönen...

...nicht allzufernen Tages wird dann die Installation von Kameras und Mikrofonen in jedem Haushalt - zur Terrorprävention, wohlgemerkt - stattfinden. Dann haben wirs endlich geschafft: der Horror von George Orwells 1984 ist leicht verspätet, schleichend doch noch wahr geworden. Der Mensch scheint eine ihm innewohnende Triebfeder zu haben sich seine Umwelt zur Hölle umzubauen - vorher ruht er nicht.

antworten

Alexander Forst-Rakoczy 14. Mai 2007, 20:27:11

Datenschutzgesetz

Wie sieht das eigentlich dann mit einer Auskunft oder Löschung nach dem Datenschutzgesetz aus?

Die Verbindungsdaten sind ja definitiv personenbezogen. Also sollten die davon betroffenen Personen Auskunft nach dem DSG einholen dürfen und sogar die Löschung dieser Daten verlangen können. Die Daten werden ja auch nicht für Verrechnungszwecke benötigt.

Des mach ma dann einfach jedes Jahr bei jedem Provider. Des wird lustig. :-)

antworten

geloschtes P-Profil 15. Mai 2007, 11:56:55

gute idee

mach ich auch...

die formulare findet ihr unter:

http://www2.argedaten.at/php/cms_mo...STERBRIEFE

antworten



Geplante Vorrats-Datenspeicherung stößt Datenschützern sauer auf

"Das Herunterladen von Musik hat mit Terrorismus, den man damit eigentlich bekämpfen wolle, nichts zu tun"

Redaktion

29. Mai 2007, 10:28 / 83 Postings



Der Datenschutzrat beäugt die in Österreich geplante Vorratsdatenspeicherung skeptisch. Nach einer Sitzung am Mittwoch wurde vor allem kritisiert, dass selbst bei geringen Vergehen auf Informationen zugegriffen werden könne. Die Vorsitzenden Johann Maier und Harald Wögerbauer betonten allerdings, dass man die EU-Richtlinie erfüllen müsse, auch wenn man dem Gesetz ablehnend gegenüber stehe.

"Das Herunterladen von Musik hat mit Terrorismus, den man damit eigentlich bekämpfen wolle, nichts zu tun"

Delikte wie das "illegale" Herunterladen von Musik etwa hätte mit Terrorismus, den man damit eigentlich bekämpfen wolle, nichts zu tun, sagen die Datenschützer. Der Wunsch lautet, sich auf terroristische Delikte zu beschränken. Dem Grünen Mitglied Hans Zeger ist die angekündigte Erklärung des Datenschutzrates zu wenig, weswegen er ein "Votum Separatum" ankündigte. Wenig Verständnis dafür brachte Wögerbauer auf, er meinte, Zeger hätte sich während der Sitzung nicht zu Wort gemeldet. Für Maier ist es eine "sehr tiefgehende Diskussion" gewesen.

"Wir haben keine Veranlassung, von dieser grundsätzlichen Haltung abzugehen"

In einem Grundsatzbeschluss 2006 hatte der Datenschutzrat die Vorrats-Datenspeicherung ohnehin schon in Frage gestellt. Wenig sei in dieser Sache geklärt, vor allem über die Kosten liege man noch im Dunklen. "Wir haben keine Veranlassung, von dieser grundsätzlichen Haltung abzugehen", so Maier. Nun strebe man die Umsetzung auf "niedrigstmöglichen Standard" an. Für ein Nichtigkeitsverfahren, wie es etwa Irland angestrebt hat, sei die Zeit für Österreich abgelaufen.

Am 21. Mai endet die Begutachtungsfrist dafür

Mit der Änderung des Telekommunikationsgesetzes will man einer EU-Richtlinie genüge tun, die die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus erleichtern soll. Vorgesehen für eine Speicherung sind Telefonate, SMS und der Internetverkehr. Am 21. Mai endet die Begutachtungsfrist dafür.

"Der ganze Komplex ist noch offen"

Für Verwirrung sorgt auch die Definition der Internet-Aktivitäten im Entwurf. "Der ganze Komplex ist noch offen", meinte Zeger. So werde etwa noch diskutiert, ob neben der Internet-Telefonie auch E-Mails betroffen sein werden. Klar ist zumindest, dass mit der Vorrats-Datenspeicherung keine Inhalte erfasst werden, sondern lediglich allgemeine Aktivitäten wie etwa das Einwählen ins Netz. Diskutiert wird noch, ob man auch das Ansurfen der Seiten selbst speichern werde. (APA)

LinkArge Daten

Nachlese

Speicherung von Telefon- und Internetdaten geplant

Wir empfehlen folgende Artikel zum Weiterlesen:

- 
RATSCHLÄGE VON EXPERTEN 843
Wie man 10.000 Euro am besten investiert
 Wer 1988, im ersten Erscheinungsjahr des STANDARD, Geld anlegte, freut sich jetzt über satte Renditen. Immobilien, Gold, Krypto: Wo würde sich eine Investition heute lohnen?
- 
UKRAINE-KONFLIKT 642
Untergegangenes Imperium: Russlands Traum von alter Größe
 Viele Russen unterstützen Wladimir Putin nach der Chaos-Erfahrung der 90er-Jahre. Dieser wiederum sieht die Ukraine als Gefahr für die eigene Macht
ANALYSE
- 
NEUINFEKTIONEN 553
Corona-Zahlen: Fortwährende Datenprobleme, weit mehr als 20.000 Neuinfektionen
 Die Sieben-Tage-Inzidenz in sämtlichen Bundesländern ist mittlerweile über 1.000. Laut Ages wurden für den gestrigen Freitag 25.103 Neuinfektionen gemeldet.
- 
CORONA-PANDEMIE 136
Gecko fürchtet hohen Anstieg an Covid-Fällen und Hospitalisierungen
 Der Belag auf Intensivstationen dürfte jedoch nur langsam steigen. Ein vierter Stich sei derzeit nicht nötig

Ihr Kommentar...

1 bis 25 Alle Postings (83) neueste

- gelöscht | Profil 20. Mai 2007, 18:55:07
damit überschreitet putin eine grenze
 dieser undemokratische einfluss gehört ein für allemal unterbunden!
 ebenso wie vorratsverhaftungen!
 antworten
- gelöscht | Profil 19. Mai 2007, 22:20:39
Rechtsprobleme der Richtlinie 2006/24/EG, Dr. Patrick Breyer
<http://tinyurl.com/38a34x>
 antworten
- gelöscht | Profil 18. Mai 2007, 02:53:36



Experten warnen weiter vor geplanter Vorratsdatenspeicherung

Datenschutzrat sieht Widerspruch zu europäischem Recht - Arbeiterkammer: "Schießt übers EU-Ziel hinaus"

Redaktion

29. Mai 2007, 10:29 / 5 Postings

Datenschützer warnen weiter vor der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung. So meinte der SPO-Konsumentenschutzsprecher und stellvertretende Vorsitzende des Datenschutzrates (DSR), Johann Maier, am Montag via Aussendung, diese stehe im Widerspruch zum Europäischen Datenschutzrecht. Ähnlich sah es die Arbeiterkammer (AK), für sie schießt die geplante Novelle zum Telekommunikationsgesetz über das EU-Ziel hinaus.

Enorm

"Der Aufwand für das Anlegen so riesiger Vorratsdatenbanken ist enorm, könnte letztendlich die Konsumenten teuer kommen und greift zu weit in ihre Privatsphäre ein", warnte AK-Konsumentenschutzlerin Daniela Zimmer. Obwohl sich die EU auf schwere Delikte wie Terrorismus beschränke, sei in Österreich auch das Abrufen von Daten bei Vergehen mit mehr als einem Jahr Freiheitsstrafe geplant. "Das birgt für unbescholtene Telekom-Nutzer die Gefahr, Teil behördlicher Ermittlung zu werden, nur weil sie zufällig auf Listen als Angerufene aufscheinen", so Zimmer. Die AK verlangt eine schonendere Umsetzung der EU-Richtlinie.

Zwei Mal einstimmig abgelehnt

Maier verwies darauf, dass der DSR eine Vorratsspeicherung zwei Mal einstimmig abgelehnt habe. Die vorliegende Richtlinie sei außerdem verfassungsrechtlich bedenklich, da sie unverhältnismäßig in die persönliche Privatsphäre eingreife und den gemeinschaftlichen Datenschutzvorschriften widerspreche. "Niemand konnte bisher belegen, dass die Vorratsspeicherung von Daten tatsächlich der Terrorbekämpfung diene. Diese flächendeckend anlasslose Vorratsspeicherung von Daten ist keine Lösung gegen Terror und Verbrechen", so Maier. (APA)

Link Arbeiterkammer (AK) Nachlese Geplante Vorrats-Datenspeicherung stößt Datenschützern sauer auf

Wir empfehlen folgende Artikel zum Weiterlesen:



RATSCHLÄGE VON EXPERTEN 843

Wie man 10.000 Euro am besten investiert

Wer 1988, im ersten Erscheinungsjahr des STANDARD, Geld anlegte, freut sich jetzt über satte Renditen. Immobilien, Gold, Krypto: Wo würde sich eine Investition heute lohnen?



UKRAINE-KONFLIKT 542

Untergegangenes Imperium: Russlands Traum von alter Größe

Viele Russen unterstützen Wladimir Putin nach der Chaos-Erfahrung der 90er-Jahre. Dieser wiederum sieht die Ukraine als Gefahr für die eigene Macht

ANALYSE



NEUINFEKTIONEN 553

Corona-Zahlen: Fortwährende Datenprobleme, weit mehr als 20.000 Neuinfektionen

Die Sieben-Tage-Inzidenz in sämtlichen Bundesländern ist mittlerweile über 1.000. Laut Ages wurden für den gestrigen Freitag 25.103 Neuinfektionen gemeldet.



CORONA-PANDEMIE 137

Gecko fürchtet hohen Anstieg an Covid-Fällen und Hospitalisierungen

Der Belag auf Intensivstationen dürfte jedoch nur langsam steigen. Ein vierter Stich sei derzeit nicht nötig

Ihr Kommentar...

1 bis 5 1 > Alle Postings neueste

Castello Sforzesca 22. Mai 2007, 10:57:56 1 0

Ist das auch ein Gesetz, für das wir dem Gorbach danken müssen? Nach der Farce mit den Briefkästen, Tempo 160 ...

Würde mich halt interessieren :-/

antworten

gelöshtes Profil 22. Mai 2007, 10:39:53

Falscher Titel

Die VDS ist nicht geplant, sondern schon beschlossen worden.

antworten

Bumbu 14 21. Mai 2007, 21:04:21

Aufgewacht?

In Deutschland ist die online-Überwachung (eifrig vorangetrieben von einem paranoiden Innenminister) seit Jahren ein Thema für viele — leider nicht genug (der Spiegel hält sich erstaunlich bedeckt, und ohne den läuft hier puncto öffentliche Meinung nicht viel). Aber es gibt sogar gelegentlich online-Aktivitäten wie z.B. <http://www.vorratsdatenspeicherung...law/69/55/>

Aber was soll das Losschreien jetzt, mehr als ein Jahr nach dem definitiven EU-Beschluß?

antworten

gelöshtes Profil 21. Mai 2007, 19:57:01

ich glaubs nicht,

da werden doch nicht ein paar politiker endlich wach geworden sein ?????

hoffentlich bleibts nicht nur beim rumschreien, sondern wird auch wirklich was dagegen unternommen

antworten

gelöshtes Profil 21. Mai 2007, 17:01:11 0 1

Wer was dagegen hat kann auf freenet.at Politikern dies mitteilen (sogar mit vorgefertigtem Text).

Bis zum 21. Mai (heute) ist dies möglich, soweit ich weiß.

antworten

Die Kommentare im Forum geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Kommentare, welche straf- oder zivilrechtliche Normen verletzen, den guten Sitten widersprechen oder sonst dem Ansehen des Mediums zuwiderlaufen (siehe ausführliche Forenregeln), zu entfernen. Benutzer:innen können diesfalls keine Ansprüche stellen. Weiters behält sich die STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. vor, Schadenersatzansprüche geltend zu machen und strafrechtlich relevante Tatbestände zur Anzeige zu bringen.



Vorratsdatenspeicherung: Faymann kündigt Evaluierung an

Verkehrsminister reagiert auf Kritik der Datenschutzler - Will nur EU-"Mindestnorm" umsetzen

Redaktion

30. Mai 2007, 11:58 / 9 Postings

Wien - Verkehrsminister Werner Faymann reagiert nun auf die Kritik von Datenschützern, Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer an den Plänen zur sogenannten "Vorratsdatenspeicherung" und will seinen Gesetzesentwurf noch einmal überprüfen. Konkret will sich Faymann ansehen, wie die anderen EU-Länder in dieser Causa vorgehen. Datenschützer hatten kritisiert, dass der Gesetzesentwurf, der die Speicherung von Verbindungsdaten bei Telefongesprächen und E-Mails für sechs Monate vorsieht, über die entsprechenden EU-Vorgaben hinausgeht.

Mindestnorm

Letzteres möchte Faymann verhindern, wie er am Mittwoch vor dem Ministerrat sagte: "Ich bin der Meinung, es sollte eigentlich die Mindestnorm erfüllt werden", betonte der Minister. "Vorzugschüler in die andere Richtung (also über die EU-Vorgaben hinausgehend, Anm.) wollen wir nicht sein."

Kostensersatz für die Telekom-Unternehmen

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass beispielsweise bei Telefongesprächen bis zu sechs Jahre lang gespeichert wird, wer wann mit wem von wo aus telefoniert hat. Ähnliche Daten sollen auch für E-Mail, Chat und Internetnachrichten erfasst werden. Nicht gespeichert werden sollen zwar die Gesprächsinhalte. Datenschützer sowie Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer kritisieren jedoch, dass der österreichische Entwurf über die EU-Vorgaben hinaus geht, weil die Herausgabe der Daten an die Sicherheitsbehörden schon zur Verfolgung von Fahrlässigkeitsdelikten und nicht erst für die Verfolgung von schweren, mit mehrjährigen Haftstrafen bedrohten Verbrechen erfolgen soll. Die Wirtschaft fordert außerdem einen Kostensersatz für die Telekom-Unternehmen, die die Verbindungsdaten erfassen und bei Bedarf an die Sicherheitsbehörden übermitteln müssen. (APA)

Wir empfehlen folgende Artikel zum Weiterlesen:

- CORONAVIRUS** 1.115
Regierung schütet über Impflotterie bis zu eine Milliarde Euro aus
Türkis-Grün hat sich mit der SPÖ auf ein Anreiz- und Belohnungssystem geeinigt. Bei der Lotterie soll jede Teilimpfung eine Chance auf einen 500-Euro-Gutschein sein. 400 Millionen Euro sind für Gemeinden mit hoher Impfrate vorgesehen. Die "Abwicklung" über ORF ist noch nicht fixiert.
 - JAHRESBILANZ** 205
Verwirrung über Ukraine-Position nach Bidens Pressekonferenz
Der US-Präsident zog nach einem Jahr erstmals Bilanz. Dabei ging es vor allem um den Konflikt mit Russland - seine Aussagen dazu sorgten für Verwirrung
 - CORONA-KRISE** 198
Angst vor Personalengpässen wegen Quarantäne: "Es brennt an allen Ecken und Enden"
Mehr als 400.000 Österreicher sind in Quarantäne. Unternehmen gehen Mitarbeiter aus. Schulen wollen Engpässe mit Studierenden und pensionierten Lehrkräften abfedern
 - KATHARINA KORBER-RISAK** 115
Letzte Waffe Impfpflicht
Die Regierung hat sich der Angst vor dem politischen Gegner ergeben. Jetzt muss der Staat ganz hinter seiner Entscheidung stehen und bei den Sanktionen härter auftreten, als es der Entwurf derzeit vorsieht
- KOMMENTAR DER ANDEREN**

Ihr Kommentar...

1 bis 9 Alle Postings (n) neueste

gelöschtes Profil 28. Mai 2007, 14:49:35

Jetzt fehlen nur noch
die immer wiederkehrenden Blödsheiten wie: Wer nichts zu verbergen hat...

antworten

gelöschtes Profil 28. Mai 2007, 06:00:59

Wenn er nur EU-Recht umsetzen will, ist sein Ministerium unnötig!
Soviel analysiere ich aus den vorliegenden Daten! :-)

antworten

gelöschtes Profil 26. Mai 2007, 21:56:59

VDS technisch überhaupt durchführbar?
Ich erinnere mich, in der Zeitschrift CT gelesen zu haben, daß womöglich die geforderten VDS z.B. in Deutschland technisch ohnehin überhaupt nicht durchführbar sei. Es würden Waggonladungen von Datenträgern anfallen, die man in das zuständige Ministerium karren müßte. Ist an der Behauptung was dran??
MFG
Franz47

antworten

gelöschtes Profil 24. Mai 2007, 09:27:44

Wollen
wir das? Wollen die Österreicher, daß all ihre Kommunikationsdaten gespeichert werden? Ich jedenfalls nicht, prinzipiell nicht. Herr Faymann, wollen sie das?

antworten

gelöschtes Profil 25. Mai 2007, 12:16:59

Das ist eine EU Richtlinie
da gehts gar nicht mehr um den Faymann

antworten

gelöschtes Profil 24. Mai 2007, 06:38:24

Auch diese Hascherln werden noch lernen, dass Desinfo zur Verzweiflung führt!
1 Eurocent in der Buchhaltung Fehlbetrag macht Tagelange Arbeit.
Wie das bei den persönlichen Daten geht, kann man sich gut vorstellen.
Übrigens, meine Oma trifft meine Tante hat mir einer aus einem Hotspot gemailt. Was meint der damit?
Ein wunderbares Bild aus dem Louvre ist auch dabei. Ich trage es zum Untersuchen, muss etwas mit Steganographie zu tun haben :-)

antworten

gelöschtes Profil 23. Mai 2007, 22:41:08



Vorratsdatenspeicherung: SPÖ gegen Verschärfung

"Sachlich nicht nachvollziehbar"

Redaktion

3. Juni 2007, 14:45 | 18 Postings

Der Wunsch von Innenminister Günther Platter nach einer Verschärfung der geplanten Vorratsdatenspeicherung stößt dem Koalitionspartner auf. Johann Maier, stellvertretender Vorsitzender des Datenschutzrates und SPÖ-Abgeordneter, nannte den Vorschlag in einer Aussendung am Donnerstag "sachlich nicht nachvollziehbar". Dieser gehe in Richtung Überwachungsstaat und müsse mit allem Nachdruck abgelehnt werden.

"Platter und seine Beamten dürften übersehen haben, dass diese Richtlinie unter dem Eindruck des 11. Septembers geschaffen wurde."

Maier kritisierte, dass die Forderung des Innenministers mit dem Zweck der eigentlich umzusetzenden EU-Richtlinie nichts zu tun habe. "Platter und seine Beamten dürften übersehen haben, dass diese Richtlinie unter dem Eindruck des 11. Septembers geschaffen wurde." Dies sei ausschließlich zur Bekämpfung des Terrors und der organisierten Kriminalität gedacht, "nicht zur allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung", so Maier weiter. Ein derartiges Gesetz würde außerdem massiv der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und der EU-Grundrechtscharta widersprechen.(APA)

NachleseInnenministerium will schärfere Vorratsdatenspeicherung

Wir empfehlen folgende Artikel zum Weiterlesen:

 RATSCHLÄGE VON EXPERTEN 845
Wie man 10.000 Euro am besten investiert
 Wer 1988, im ersten Erscheinungsjahr des STANDARD, Geld anlegte, freut sich jetzt über satte Renditen. Immobilien, Gold, Krypto: Wo würde sich eine Investition heute lohnen?

 UKRAINE-KONFLIKT 543
Untergegangenes Imperium: Russlands Traum von alter Größe
 Viele Russen unterstützen Wladimir Putin nach der Chaos-Erfahrung der 90er-Jahre. Dieser wiederum sieht die Ukraine als Gefahr für die eigene Macht
 ANALYSE

 NEUINFEKTIONEN 556
Corona-Zahlen: Fortwährende Datenprobleme, weit mehr als 20.000 Neuinfektionen
 Die Sieben-Tage-Inzidenz in sämtlichen Bundesländern ist mittlerweile über 1.000. Laut Ages wurden für den gestrigen Freitag 25.103 Neuinfektionen gemeldet.

 CORONA-PANDEMIE 143
Gecko fürchtet hohen Anstieg an Covid-Fällen und Hospitalisierungen
 Der Belag auf Intensivstationen dürfte jedoch nur langsam steigen. Ein vierter Stich sei derzeit nicht nötig

Ihr Kommentar...

1 bis 18 | Alle Postings (18) | neueste

gelöshtes Profil 31. Mai 2007, 12:02:47

Ich habe nichts dagegen wenn man Technik gegen Kriminelle einsetzt. Allerdings geht es mir mit der Datensammerei via Handy, Internet und Kameras langsam zu weit. Sogar in den Flugzeugsitzen will man unter dem Deckmantel der Terrorabwehr, in der Zukunft Mikrofone und Kameras installieren. Auch diverse Suchmaschinen und Softwareproduzenten werden unerträglich neugierig und sammeln Daten von Internetsurfern. Die Bürgerrechte werden immer mehr reduziert. Sorry aber das finde ich nicht mehr in Ordnung und Notfalls verzichte ich eben auf Technik so gut es geht.

antworten

gelöshtes Profil 29. Mai 2007, 12:22:04

tja,

es wird einem immer schmackhafter gemacht, auf die telekommunikation via fetnetz und mobilfunk zu verzichten.

die überbezahlten idioten an der populismusfront drängen damit maximal all jene in die verschlüsselte ip-kommunikation, denen es bislang eh schon wurscht war, ob sie überwacht o. gerastert wurden.

bravo. klatsch. klatsch.

das ergebnis der vds wird sein, dass die dummen noch einfacher erwischt werden und die schlaunen noch einfacher in der größer werdenden masse untertauchen...

antworten

gelöshtes Profil 28. Mai 2007, 18:37:02

SPÖ gegen Vorratsdatenspeicherung, dass wäre eine

schöne Schlagzeile gewesen. Und dann bitte nicht umfallen, ja! Aber so, ists nur Volksverwirrung.

Liebe SPÖ, Terroristen (wo sans denn auf einmal alle hin?) san eh ned so blöd, unter ihrem echten Namen von Zuhause ihre krummen Dinger zu machen. Ich befürcht, Ihr wollt das eigentlich nur das Volk überwachen, seids wenigstens so ehrlich.....

antworten

gelöshtes Profil 28. Mai 2007, 10:28:56

Wird schon umfallen, da bin ich sicher!

Gerade die SPÖ weiß von Hr. Edlinger, wie gefährlich Daten auf Festplatten sein können.

Nur warum die ÖVP so erpicht darauf ist verstehe ich nicht.

Nick Knatterton-ich kombiniere: Es gehen nicht alle beichten?

Die Politik ist ein Kabaret und das Forum erst recht.

antworten

gelöshtes Profil 28. Mai 2007, 08:53:00

Bürger! Wo ist dein Handy?

Wer ein Handy in der Tasche hat, kann geortet werden. Die Ortsungsdaten können gespeichert werden und somit kann man auch im nachhinein feststellen wo jemand wann war. 90% der Verbrecher liessen sich so ermitteln.



Innenministerium will schärfere Vorratsdatenspeicherung

Finanzministerium beklagt fehlende Kostenschätzung - Kritik des Datenschutzes

Redaktion

3. Juni 2007, 14:45 / 40 Postings



Innenminister Günther Platter
Foto: APA/Techt

Die geplante Vorratsdatenspeicherung sorgt weiter für Aufregung. Während Datenschützern die geplante Speicherung von Verbindungsdaten bei Telefongesprächen, Email und Internet für mindestens sechs Monate viel zu weit geht, verlangt das Innenministerium nun sogar noch eine weitere Verschärfung. In seiner Stellungnahme im Rahmen des Begutachtungsverfahrens fordert das Ressort von Günther Platter eine Ausdehnung der Mindestspeicherdauer auf ein Jahr. Das Finanzministerium beklagt die fehlende Kostenschätzung und der Datenschutzrat bekräftigt seine Kritik.

Dringend

Vom Innenministerium wird "dringend angeregt", die Mindestdauer der Datenspeicherung auf "zumindest ein Jahr auszudehnen". Dies sei "für die kriminalpolizeiliche Arbeit unabdingbar". Begründet wird dies vor allem damit, dass im Bereich der organisierten Kriminalität und der Bekämpfung terroristischer Netzwerke mitunter erst nach einiger Zeit die internationale Dimension und die jeweilige Vernetzung des Falles in bestimmte andere Staaten erkennbar sei. Bis zur Abklärung dieser Vernetzung könne es mitunter einige Monate dauern. Wenn dann die sechs Monate bereits vergangen wären, stünden keine Vorratsdaten mehr zur Verfügung.

"Erforderlich und sinnvoll"

Weiters kritisiert das Innenministerium, dass es durch die geplante Regelung den Betreibern freigestellt würde, ob sie auch bei erfolglosen Anrufversuchen eine Speicherung der Daten vornehmen oder nicht. Aus kriminalpolizeilicher Sicht sei aber auch bei erfolglosen Anrufversuchen eine Datenspeicherung "erforderlich und sinnvoll".

Finanzministerium beklagt fehlende Kostenschätzung

Vorerst keine Zustimmung zum Gesetzesentwurf kann das Finanzministerium erteilen, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass es für die Telekommunikationsbetreiber zu Mehrkosten kommen könnte. Die Höhe dieser Mehrkosten sei nicht vorhersehbar. Es sei davon auszugehen, dass die Betreiber vom Bund zumindest teilweise einen Ersatz dafür fordern werden. Die drohenden Mehraufwendungen für den Bund könnten "in keinerlei Hinsicht abgeschätzt werden".

Mehr Kritik

Seine Kritik bekräftigt hat auch der Datenschutzrat. Er verweist in seiner Stellungnahme darauf, dass die anlasslose, verdachtsunabhängige Speicherung des Telekommunikationsverhaltens der Gesamtbevölkerung, unabhängig von der Speicherdauer, Fragen der Verhältnismäßigkeit und der Vereinbarkeit mit den Europäischen Menschenrechten aufwerfe. Der Datenschutzrat ruft dazu auf, bei der Ausübung des Gestaltungsspielraumes bei der Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie den datenschutzrechtlichen Grundsätzen der Zweckbindung sowie der Verhältnismäßigkeit Rechnung zu tragen. Er ersucht, die Daten ausschließlich zum Zweck der Ermittlung, Feststellung und Verfolgung schwerer Straftaten zu speichern.

"votum separatum"

Für den Grünen Vertreter im Datenschutzrat, Hans Zeger, ist diese Stellungnahme nicht ausreichend, er hat daher ein "votum separatum" abgegeben. Zeger sieht in dem Gesetzesentwurf einen "weit überschießenden Versuch der umfassenden Aushöhlung der Persönlichkeitsrechte der Bürger". Der Gesetzesentwurf benutze die Terrorismusbekämpfung als Vorwand zur Totalüberwachung und stelle unbescholtene Bürger unter einen unzulässigen Pauschalverdacht. Zudem wären die geplanten Bestimmungen für die organisierte Kriminalität leicht umgehbar.

Reaktion

Verkehrsminister Werner Faymann hatte bereits am Mittwoch auf die Kritik reagiert und angekündigt, seinen Gesetzesentwurf noch einmal zu überprüfen. Konkret will sich Faymann ansehen, wie die anderen EU-Länder in dieser Causa vorgehen. (APA)

Nachlese: Vorratsdatenspeicherung: Verkehrsminister Faymann reagiert auf Kritik der Datenschützer. Geplante Vorrats-Datenspeicherung stößt Datenschützern sauer auf

Wir empfehlen folgende Artikel zum Weiterlesen:

- RATSCHLÄGE VON EXPERTEN** ▢ 850
Wie man 10.000 Euro am besten investiert
Wer 1988, im ersten Erscheinungsjahr des STANDARD, Geld anlegte, freut sich jetzt über satte Renditen. Immobilien, Gold, Krypto: Wo würde sich eine Investition heute lohnen?
- UKRAINE-KONFLIKT** ▢ 545
Untergegangenes Imperium: Russlands Traum von alter Größe
Viele Russen unterstützen Wladimir Putin nach der Chaos-Erfahrung der 90er-Jahre. Dieser wiederum sieht die Ukraine als Gefahr für die eigene Macht
ANALYSE
- NEUINFEKTIONEN** ▢ 557
Corona-Zahlen: Fortwährende Datenprobleme, weit mehr als 20.000 Neuinfektionen
Die Sieben-Tage-Inzidenz in sämtlichen Bundesländern ist mittlerweile über 1.000. Laut Ages wurden für den gestrigen Freitag 25.103 Neuinfektionen gemeldet.
- CORONA-PANDEMIE** ▢ 147
Gecko fürchtet hohen Anstieg an Covid-Fällen und Hospitalisierungen
Der Belag auf Intensivstationen dürfte jedoch nur langsam steigen. Ein vierter Stich sei derzeit nicht nötig

Ihr Kommentar...

gelöschtes Profil 2. Juni 2007, 10:53:02

Begehr nach mehr Sicherheit hätte ich auch!

Eine Software die alle gebuchten Auszahlungen der Staatskasse tract schriebe ich gratis.

Damit könnten alle Bürger die Empfänger bei Namen und Zahlungszweck abfragen. Da es sich um legale Zahlungen handelt wäre diese Sicherheit, Verschwendung findet nich statt, sehr wichtig.

Vorratsdatenspeicherung: Verkehrsminister Faymann reagiert auf Kritik der Datenschützer

Evaluierung angekündigt - Verkehrsminister reagiert auf Kritik der Datenschützer - Will nur EU-"Mindestnorm" umsetzen

Redaktion

3. Juni 2007, 14:45 / 34 Postings



Verkehrsminister Werner Faymann reagiert nun auf die Kritik von Datenschützern, Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer an den Plänen zur sogenannten "Vorratsdatenspeicherung" und will seinen Gesetzesentwurf noch einmal überprüfen. Konkret will sich Faymann ansehen, wie die anderen EU-Länder in dieser Causa vorgehen. Datenschützer hatten kritisiert, dass der Gesetzesentwurf, der die Speicherung von Verbindungsdaten bei Telefongesprächen und E-Mails für sechs Monate vorsieht, über die entsprechenden EU-Vorgaben hinausgeht.

"Ich bin der Meinung, es sollte eigentlich die Mindestnorm erfüllt werden"

Letzteres möchte Faymann verhindern, wie er am Mittwoch vor dem Ministerrat sagte: "Ich bin der Meinung, es sollte eigentlich die Mindestnorm erfüllt werden", betonte der Minister. "Vorzugschüler in die andere Richtung (also über die EU-Vorgaben hinausgehend, Anm.) wollen wir nicht sein."

Sechs Jahre

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass beispielsweise bei Telefongesprächen bis zu sechs Jahre lang gespeichert wird, wer wann mit wem von wo aus telefoniert hat. Ähnliche Daten sollen auch für E-Mail, Chat und Internetnachrichten erfasst werden. Nicht gespeichert werden sollen zwar die Gesprächsinhalte, Datenschützer sowie Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer kritisieren jedoch, dass der österreichische Entwurf über die EU-Vorgaben hinaus geht, weil die Herausgabe der Daten an die Sicherheitsbehörden schon zur Verfolgung von Fahrlässigkeitsdelikten und nicht erst für die Verfolgung von schweren, mit mehrjährigen Haftstrafen bedrohten Verbrechen erfolgen soll. Die Wirtschaft fordert außerdem einen Kostenersatz für die Telekom-Unternehmen, die die Verbindungsdaten erfassen und bei Bedarf an die Sicherheitsbehörden übermitteln müssen. (APA)

Nachlese/Vorratsdatenspeicherung: Wirtschaftskammer fordert Entschärfung

Wir empfehlen folgende Artikel zum Weiterlesen:

- RATSCHLÄGE VON EXPERTEN** 851
Wie man 10.000 Euro am besten investiert
Wer 1988, im ersten Erscheinungsjahr des STANDARD, Geld anlegte, freut sich jetzt über satte Renditen. Immobilien, Gold, Krypto: Wo würde sich eine Investition heute lohnen?
- UKRAINE-KONFLIKT** 645
Untergegangenes Imperium: Russlands Traum von alter Größe
Viele Russen unterstützen Wladimir Putin nach der Chaos-Erfahrung der 90er-Jahre. Dieser wiederum sieht die Ukraine als Gefahr für die eigene Macht
ANALYSE
- NEUINFEKTIONEN** 557
Corona-Zahlen: Fortwährende Datenprobleme, weit mehr als 20.000 Neuinfektionen
Die Sieben-Tage-Inzidenz in sämtlichen Bundesländern ist mittlerweile über 1.000. Laut Ages wurden für den gestrigen Freitag 25.103 Neuinfektionen gemeldet.
- CORONA-PANDEMIE** 148
Gecko fürchtet hohen Anstieg an Covid-Fällen und Hospitalisierungen
Der Belag auf Intensivstationen dürfte jedoch nur langsam steigen. Ein vierter Stich sei derzeit nicht nötig

Ihr Kommentar...

1 bis 25 | Alle Postings (34) | neueste

gelöshtes Profil 24. Mai 2007, 08:21:10 | 1 | 0

Wo liegt das Problem?
Jede Datensatzübergabe mit 10000€ besteuern. Der Finanzminister würde sich freuen, und Datenweitgabe bei Bagatellen gäbe es auch nicht mehr, ganz einfach weil es sich nicht mehr rentieren würde.

antworten

Nachtsonne 3 28. Mai 2007, 13:09:34

zahlungen der bund an bund machen ca. nullsaldo
in strafverfahren werden sachen/daten einfach in beschlag genommen bzw. eingezogen. da gibt es keine gebührenrichtung.

antworten

gelöshtes Profil 24. Mai 2007, 09:40:48

In der Verwaltung geht es aber nicht um Rentabilität, sondern um Bedarfsdeckung.

antworten

bin Ausgewandert 1 24. Mai 2007, 06:32:11

Gestapo HQ wo?
Und wo bringen wir dann das Gestapo HQ unter? Wo dann die Leute verschwinden die nicht nach Regierungslinie leben. Hatten wir doch schon einige Male in der Geschichte, sogar in der oesterreichischen ...

antworten

gelöshtes Profil 23. Mai 2007, 17:35:08 | 0 | 2

"Nicht gespeichert werden sollen zwar die Gesprächsinhalte,"
na, das ist doch mal nett von denen...oder fehlt derzeit einfach nur noch an der



Google + antirassistische Tätigkeit = Hausdurchsuchung + DNA-Abnahme

Zweifelhafte Begründung für Razzien der deutschen Behörden gegen G8-GegnerInnen - Vorratsdatenspeicher- ung der nächste Überwachungsschritt

Redaktion

5. Juni 2007, 12:56 | 176 Postings



Montage: Redaktion / Foto: ARND WIEGMANN / REUTERS

In vielen Ländern stehen derzeit Gesetzesvorlagen zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung zur Diskussion. Unter der Überschrift "Terrorismusbekämpfung" sollen schon bald die diversen Service-Provider zur monatelangen Aufbewahrung aller Verbindungsdaten der eigenen KundInnen gezwungen werden: So lässt sich auf Behördenwunsch auch nachträglich genau feststellen, wer mit wem telefoniert hat, und wann man mit welcher Adresse im Internet aktiv war.

Big Brother

Angesichts dessen, wie "sorgfältig" schon jetzt mit solchen Informationen umgegangen wird, ein Horrorszenario für DatenschützerInnen: Jeder könne so kinderleicht ins Visier der FahnderInnen kommen.

Fehlende Fakten

Wie schnell das gehen kann - und welche Konsequenzen sich daraus ergeben können - zeigt ein aktuelles Beispiel, von dem das Online-Magazin >Telepolis berichtet: So kam es im Zusammenhang mit den Razzien gegen GegnerInnen des kommenden G8-Gipfels in Heiligendamm offenbar zu Hausdurchsuchungen auf äußerst dünner Faktenbasis.

Antirassismus als Verdachtsmoment

Im konkreten Fall eines AktivistIn der antirassistischen Gruppe Fels reichte dabei offenbar schon die Kombination seines politischen Engagements mit einer Google-Suche, um für einen Besuch der StaatschützerInnen zu sorgen. Einziger konkreter Hinweis: Der junge Mann habe sich im Internet nach der Firma Dussmann erkundigt, ein Unternehmen, auf das im März ein Brandanschlag verübt wurde.

Kombination

Fragwürdig dabei auch die Art, wie die Behörden überhaupt an diese Information kamen: Anscheinend wurde der Internetzugang des AktivistIn überwacht, konkrete Details darüber, wie diese Spionage vorgenommen wurde, sind derzeit allerdings noch unbekannt. Die Worte "Rassismus" und "Migration", die im Bekennerschriften vorkamen, scheinen die ErmittlerInnen aber zur Gruppe Fels geführt zu haben, die sich mit dieser Thematik befasst.

DNS-Probe

Die Konsequenzen dieser Aktion: Eine vorübergehende Festnahme, die Abnahme einer DNA-Probe, sowie die Beschlagnahme zahlreicher privater Gegenstände durch die Behörden, darunter der private Computer und diverse CDs. Ebenfalls im Interesse der FahnderInnen: Ein Bewerbungsschreiben für einen Job beim Kaffeeröster Tchibo, schließlich hat es auch auf das Auto eines Tchibo-Vorstandes schon einmal (im Dezember 2005) einen Anschlag gegeben... (apo)

[Zum Thema:Sonderseite zum G-8-Gipfel auf derStandard.at/Politik](#)



An error has occurred

{{terminalError}}

ICH DER STANDARD

Ist Ihnen freier Zugang zu Qualitätsjournalismus etwas wert?

Wir empfehlen folgende Artikel zum Weiterlesen:



RATSCHLÄGE VON EXPERTEN ▢ 855

Wie man 10.000 Euro am besten investiert

Wer 1988, im ersten Erscheinungsjahr des STANDARD, Geld anlegte, freut sich jetzt über satte Renditen. Immobilien, Gold, Krypto: Wo würde sich eine Investition heute lohnen?



UKRAINE-KONFLIKT ▢ 648

Untergegangenes Imperium: Russlands Traum von alter Größe

Viele Russen unterstützen Wladimir Putin nach der Chaos-Erfahrung der 90er-Jahre. Dieser wiederum sieht die Ukraine als Gefahr für die eigene Macht

ANALYSE



NEUINFEKTIONEN ▢ 558

Corona-Zahlen: Fortwährende Datenprobleme, weit mehr als 20.000 Neuinfektionen

Die Sieben-Tage-Inzidenz in sämtlichen Bundesländern ist mittlerweile über 1.000. Laut Ages wurden für den gestrigen Freitag 25.103 Neuinfektionen gemeldet.



CORONA-PANDEMIE ▢ 150

Gecko fürchtet hohen Anstieg an Covid-Fällen und Hospitalisierungen

Der Belag auf Intensivstationen dürfte jedoch nur langsam steigen. Ein vierter Stich sei derzeit nicht nötig

Ihr Kommentar...

gelöschtes Profil 23. Mai 2007, 11:03:37

derStandard

Da derStandard meine Seite besucht hat auf welcher das Wort "Migration" vorkommt ist mir derStandard sehr mysteriös und überhaupt habe ich zu befürchten das ein Terror Anschlag auf mich geplant ist...

Zum glück bin ich nicht auf den Kopf gefallen und habe sofort eine "DNS Probe" gemacht wie es die Deutschen Kriminalbeamten praktizieren "fg".

Bedenken gegen Datenspeicherung



Liberales Forum und Experten gegen Umsetzung

Wien. Gegen die geplante Vorratsdatenspeicherung hat sich in Österreich eine Allianz aus dem Liberalen Forum, der Arge Daten und dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte gebildet. Der liberale Abgeordnete Alexander Zach, der auf einem SPÖ-Ticket im Parlament sitzt, wies darauf hin, dass es bei "derart gravierenden Eingriffen" in die Privatsphäre keine "Husch-Pfusch-Aktionen" geben könne.

vom 05.06.2007, 18:38 Uhr | Update: 05.06.2007, 19:51 Uhr

Empfehlen 0 Teilen mit Bild ohne Bild

Wien. Gegen die geplante Vorratsdatenspeicherung hat sich in Österreich eine Allianz aus dem Liberalen Forum, der Arge Daten und dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte gebildet. Der liberale Abgeordnete Alexander Zach, der auf einem SPÖ-Ticket im Parlament sitzt, wies darauf hin, dass es bei "derart gravierenden Eingriffen" in die Privatsphäre keine "Husch-Pfusch-Aktionen" geben könne.

Seiner Meinung nach ist die EU-Richtlinie als Maßnahme zu mehr Sicherheit ungeeignet; sie "schießt am Ziel vorbei". Der Entwurf sieht vor, Verbindungsdaten bei Telefongesprächen, E-mail und Internet für mindestens sechs Monate zu speichern.

Hannes Tretter vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte betonte die grundrechtliche Dimension der umstrittenen Maßnahme - und sprach von einem Paradigmenwechsel hin zu einer "generellen verdachtsmäßigen Speicherung von Daten". Denn bisher konnte nur bei konkretem Tatverdacht auf die entsprechenden Daten zugegriffen werden.

Auch Hans Zeger von der ARGE Daten kritisierte die Richtlinie. Die Auswirkungen seien überhaupt nicht absehbar, "jeder wäre grundsätzlich verdächtig." Ebenso seien die organisatorischen Folgen schwer absehbar. So gehe die Telekom Austria davon aus, dass sie die Umsetzung dieser Maßnahmen 4,5 Millionen Euro kosten würde.

Empfehlen 0 Teilen mit Bild ohne Bild

Weiterlesen in Europa



CDU
Neuanfang mit alten Problemen für Friedrich Merz
22.01.2022 4 2



UKRAINE-KRISE
Seltene Ruhe in Kiew
21.01.2022 17 7



GROSSBRITANNIEN
Ende einer Achterbahnfahrt?
21.01.2022 5



UKRAINE
Säbelrassel und eine kurze Atempause
21.01.2022 3 8



E-PAPER für alle Endgeräte
JETZT TESTEN

ABOS immer bestens informiert
JETZT WÄHLEN

NEWSLETTER täglich informiert
JETZT ABONNIEREN



WIEN

Gewinn der Stadt Wien: 4 Millionen €

Budget: Wien erreicht den tiefsten Schuldenstand in der Geschichte der Stadt.

VON MARTIN STUHLPFARRER

Ex-Finanzminister Karl Heinz Grasser könnte neidisch werden: Die Stadt Wien erreichte im Jahr 2006 zum wiederholten Mal das Nulldefizit (keine neuen Schulden) und fährt einen Gewinn von vier Mio. Euro ein. Diese Zahlen präsentierte Vizebürgermeisterin und Finanzstadträtin Renate Brauner am Dienstag. Das weist Einnahmen von 10,150 Mrd. Euro und Ausgaben von 10,146 Mrd. Euro aus. Die Details: **Schulden:** 2006 hat die Stadt 73 Millionen Euro (im Vergleich zu 2005) abgebaut und steht nun mit 1,473 Milliarden Euro in der Kreide. Brauner: „Seit dem Jahr 2000 ist es gelungen, 571 Millionen Euro Schulden abzubauen. Das ist eine Reduktion um mehr als ein Viertel der Schulden.“ Wann wird Wien schuldenfrei sein? Die Finanzstadträtin zur „Presse“: „Schuldenfreiheit ist nicht das Ziel, um das es geht.“ In guten Zeiten baue die Stadt Schulden ab, in härteren Zeiten werde dieser wichtige finanzielle Spielraum genutzt, um zu investieren und damit Jobs zu schaffen.

Wohin das Geld fließt: Mit 2,3 Mrd. Euro ist der Bereich Gesundheit/Pflege/Soziales der größte Brocken im Wiener Budget, 1,3 Mrd. Euro gab die Stadt für Bildung (Schulen/Kindergärten) aus; 1,1 Mrd. für die Daseinsvorsorge (Strom/Gas/Wasser/Verkehr).

Investitionsquote: „Mit 14,6 Prozent liegt sie weiterhin auf hohem Niveau“, erklärte Brauner. Im Rechnungsabschluss 2005 war die Quote bei 15,8 Prozent gelegen. Dabei betonte Brauner, dass die Einnahmen durch Gebührenerhöhungen auch künftig nicht ins Budget, sondern in Investitionen fließen (z. B. neue Straßenbahnen für die Wiener Linien).

Wirtschaftswachstum: Städtische Ausgaben, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln (z. B. Transportkosten, Energiekosten, Instandhaltung), erreichten mit 3,68 Mrd. Euro einen neuen Rekordwert.

Personal: Die Stadt hat geringfügig Personal abgebaut: 57.607 Mitarbeiter bedeuten ein Minus von 300 Jobs. „Obwohl die Stadt zusätzliche Aufgaben übernehmen musste“, so Brauner.

Gender-Budget: Das Budget des Jahres 2006 war das erste, in dem alle Budgetansätze nach den Kriterien der Gleichstellung abgeklippt wurden.

Grüne: 5 Mrd. € umverteilen
Während im Rathaus die Finanzen der Stadt präsentiert wurden, wandern die Grünen durch die Wiener Bezirke – wegen des Geldes. In zahlreichen Veranstaltungen wird Stimmung für die Umverteilung von (bundesweit) fünf Mrd. Euro gemacht werden. Das Geld soll durch eine höhere Besteuerung des Vermögens in die Kassen gespült werden – für Armutsbekämpfung, Bildung und Finanzierung der Grundversicherung.

„Das käme gerade Wien zu gute“, erklärt der nichtamtshafende Wiener Stadtrat David Ellensohn: „Zwei Drittel der Sozialhilfeempfänger leben in Wien. Hier kumuliert sich die Armut am meisten.“ Deshalb will Ellensohn auslösen, ob künftig die Stadt Vermögenssteuer zur Armutsbekämpfung kassieren könnte: „Gerade Wien hat einen hohen Bedarf.“

Staat spioniert Telefon-Daten: Ablehnungsfront der Experten

DATENSCHUTZ. Selbst Verfassungsdienst hat Bedenken gegen Gesetz.

WIEN (awe). Bis 15. September 2007 will die EU von den Mitgliedsländern ihre Richtlinie zur sogenannten Vorratsdatenspeicherung (siehe Kasten) umgesetzt haben. In Österreich endete kürzlich die vorgeschriebene Begutachtung der dazu notwendigen Gesetzesänderung durch unabhängige Experten. Fazit: 19 von 36 Stellungnahmen formulieren zum Teil ernsthafte Bedenken gegen den Plan, die Verbindungsdaten aller Festnetz- und Mobilfunk-Telefonate (Internet-Daten folgen bis März 2009) für sechs Monate zu speichern.

Unter Verbindungsdaten versteht man Informationen darüber, wer wann und von wo aus mit wem und wie lange telefoniert hat.

Sündenbock EU?

Inhaltliche Bedenken (z. B. was die Vereinbarkeit mit dem Grundrecht auf Schutz der Privatsphäre betrifft) formulierten etwa der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts, der Datenschutzkommission und der österreichische Rechtsanwaltskammertag. Bedenken wegen der anfallenden Kosten für die Telekom-Anbieter hegen der Rechnungshof und das Finanzministerium (das bei einer Umsetzung die Provider entschädigen müsste).

Interessant in diesem Zusammenhang die Stellungnahmen vom Verband der Musikwirtschaft (Ifpi), der Verwertungsgesellschaft Rundfunk und der ORF Generaldirektion an, deren Interessen dahin gehen, die Internet-Verbindungsdaten zur Ausforschung von (illegalen) Nutzern von Musik- und Film-Tauschbörsen zu verwenden. Sie fordern unisono eine Senkung der Strafe, mit der Telekom-Anbieter bestraft sind, wenn sie Verbindungsdaten unbefugt an Dritte (etwa Rechte-Verwerter) weitergeben.



Der Staat führt Protokoll: Jedes Handy-Gespräch wird registriert. (Bruckberger)

Die stichhaltigen Argumente der Experten dürften indes auch im für die Ausarbeitung des Gesetzes zuständigen Infrastrukturministerium Bedenken ausgelöst haben. Allerdings verweist man dort auf Brüssel. So beantwortete Minister Werner Faymann die Anfrage des Nationalratsabgeordneten Alexander Zach (LIF) („Halten Sie die Vorratsdatenspeicherung für geeignet um Terrorismus zu verhindern“) mit den Worten: „Die Umsetzung der EU-Richtlinie ist [...] unabhängig von meiner persönlichen Meinung vorzubereiten.“ Nock klarer die Antwort auf die Frage, ob dem Minister bekannt sei, „dass die Erfassung von Verkehrsdaten im Zuge des E-Mail-Versands auf einfachstem Wege umgangen werden kann“, indem man einen ausländischen Provider wählt, Faymann kurz: „Ja.“

Massive Grundrechtsbedenken gegen die Vorratsdatenspeicherung äußert auch der Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte, Hannes Treter. Durch die künftige Praxis werde das bisherige System, Datenerhebungen mittels richterlichem Beschluss erst bei einem konkreten Verdacht durchzuführen, umgekehrt. „Das ist ein Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat.“

LEXIKON

Unter **Vorratsdaten** versteht man Informationen dazu, wer wann mit wem von wo aus und wie lange kommuniziert hat. Diese Daten sollen auf Vorrat (daher der Name) gespeichert werden. Für Telefon-Daten tritt die Regelung bis 15. 9. 2007 in Kraft. Für Internet-Verbindungsdaten ist der Stichtag der 15. 3. 2009.

PAPST-BESUCH

Heiligenkreuz rüstet für Heiligen Vater

Security, Vidi-Walls, Restauration: Wie das Stift Benedikt XVI. erwartet.

VON MIRJAM MARITS

WIEN/HEILIGENKREUZ. In weniger als einer Stunde wird alles vorbei sein. Aber der kurze Abstecher, der Papst Benedikt XVI. während seines Österreich-Besuchs im September ins Stift Heiligenkreuz führen wird, ist ein Ereignis. „das all unsere Vorstellungen sprengt“, erzählt Pater Karl Wallner vom Zisterzienserstift im Wienerwald.

Obwohl Heiligenkreuz nur „eine kleine Etappe des großen Besuchs ist“, wie Pater Karl sagt, „muss man viele Kleinigkeiten beachten“. So soll der Papst wenn möglich keine Stiegen steigen müssen. Die Besucher sollen ihn wenn auch nur kurz, dann zumindest gut zu Gesicht bekommen, was dank mehrerer Vidi-Walls gelingen soll.

Ganz zu schweigen natürlich von den Sicherheitsvorkehrungen. Das Sicherheitskonzept, mit Polizei und Innenministerium erarbeitet, muss noch Ausgegübelt werden muss noch, wie viele Besucher pro Stunde konvultiert werden können – wobei noch unklar ist, wie groß der Ansturm sein wird. Das Stift fühlt sich jedenfalls gewappnet. Kürzlich beim Klostermarkt kamen 20.000 Besucher da, und beim „Fendrich-Konzert 2001“ waren es 10.000. Seit Anfang dieser Woche können sich Besucher über die Homepage ein Anmeldeformular ausdrucken („die Leute



Der Papst-Besuch naht. (APA)

DAS PROGRAMM

Sein Österreich-Besuch (7.-9. September) wird **Papst Benedikt XVI.** unmittelbar vor dem Rückflug noch kurz ins Stift Heiligenkreuz führen. Am 9. 9. wird er dort gegen 16.30 Uhr eintreffen und nach einem Gebet mit den Mönchen vor den Gläubigen sprechen und sie segnen.

waren schon ungeduldig“), seither läuft das Fax auf Hochtouren. Wie viele sich schon angemeldet haben, kann Pater Karl nicht sagen. „Ich bin ja nur am Telefonieren“, sagt er, und klingt ein wenig erschöpft.

Restauration um Jahre vorverlegt

Ob das „Jahrtausendereignis“ (Pater Karl) nach den Plänen des Stifts ablaufen wird (siehe Kasten), entscheidet der päpstliche Reismarschall Alberto Gasbarri. Heiligenkreuz ist die einzige Etappe, die er noch nicht inspiziert hat. Das ist am 11. Juni der Fall. „Er weiß am besten, was man dem Papst zumuten kann.“

Einstweilen wird das Stift herausgeputzt. Restaurationsarbeiten wurden extra für den Papst-Besuch um Jahre (!) vorverlegt, bis September soll die Außenfassade im frischen Anstrich strahlen.

Einen derartigen Aufwand hat das Stift in seiner fast 900-jährigen Geschichte nicht erlebt. Vergleichbar war nur der Stress vor dem Patriarchenpfel, der 1997 geplant war. Für ein Zusammentreffen von Johannes Paul II. mit dem Oberhaupt der Orthodoxie Bartholomaios I. und dem russischen Patriarchen Alexis II. wurde der Klostergarten zum Hubschrauberlandeplatz umfunktioniert. Viel Lärm um nichts: Der Gipfel wurde zehn Tage vor dem Termin abgesagt.

AK-STUDIIE

„Nicht genügend“ für Sprachkurse

Bildungsgutscheine für Vorschulkinder bringen laut AK-Studie nichts.

WIEN (APA). Die als Reaktion auf die schlechten Pisa-Ergebnisse 2005/06 von der damaligen Bildungsministerin Elisabeth Gheger eingeführten Sprachtickets für angehende Taferlklassiker mit Sprachschwierigkeiten haben ihr Ziel verfehlt. Das zeigt eine im Auftrag der Arbeiterkammer (AK) erstellte und am Dienstag präsentierte Studie des Projektzentrums für Vergleichende Bildungsforschung an der Universität Salzburg.

Demnach machte es kaum einen Unterschied, ob das Ticket, eine Art Gutscheine für 120 Stunden Sprachförderung, eingelöst wurde oder nicht. Von den pro Jahr ausgegebenen rund 9000 Tickets werden etwa 7000 eingelöst. Bei einem Sprachtest schnitten jene Kinder, die es nicht in Anspruch nahmen, sogar eine Spur besser ab. AK Wien-Vizedirektorin Johanna Ettl spricht von „durchschlagendem Misserfolg“.

NIEDERÖSTERREICH

Wohnbau: Heftige Kritik der Grünen

Die Grünen fordern mehr Klimaschutz bei der Wohnbauförderung in Niederösterreich.

ST. PÖLTEN (mlo). Die niederösterreichischen Grünen fordern eine neue Ausrichtung der niederösterreichischen Wohnbauförderung. Martin Fasan, Abgeordneter der Grünen im Landtag, kritisiert, dass im niederösterreichischen Wohnbauförderungsgesetz zu wenig Gewicht auf die thermische Sanierung bestehender Bauten gelegt werde.

Nur so sei möglich, dass die Verluste von Wärme – und damit verbundene Ausstoß von Treibhausgasen – verringert werde. Fasan meint weiter, dass die Förderung zu stark auf den Neubau ausgerichtet sei. Fasan: „Der Vorrang muss auf der Einsparung von Energie liegen.“ VP-Wohnbausprecher Anton Erber lässt diese Kritik nicht gelten: „Sie beweist, wie weit weg von Sorgen und Anliegen der Menschen sie sind. Die Wohnbauförderung hat sich bestens bewährt.“

inKÜRZE

3 Wochen tot in Wohnung

Mindestens drei Wochen lang lag ein 31-Jähriger tot in seiner Wohnung in Linz. Am Dienstag fand die Feuerwehr die Leiche.

Tödliche Ärzte-Fehler

Chirurgische Fehler der Ärzte bei einer Magenband-Operation haben nach Ansicht eines Gutachters zum Tod einer Oberösterreicherin geführt. Das Spital zweifelt den Befund. Der Witwer kämpft im Zivilprozess um die Begräbniskosten.

Mörder wurde Theologe

Der 1994 wegen Mordes an einem Tonstudiobesitzer zu lebenslanger Haft verurteilte Wiener Filmemacher Helmut Frodl wurde in Linz zum Magister der Theologie spendiert. Als Inasse der Justizanstalt Garsten betrieb er ein Fernstudium, konnte aber durch begleiteten Freigang auch an Vorlesungen teilnehmen.

WIEN

Gewinn der Stadt Wien: 4 Millionen €

Budget: Wien erreicht den tiefsten Schuldenstand in der Geschichte der Stadt.

VON MARTIN STUHLPFARRER

WIEN. Ex-Finanzminister Karl Heinz Grasser könnte neidisch werden: Die Stadt Wien erreichte im Jahr 2006 zum wiederholten Mal das Nulldefizit (keine neuen Schulden) und fährt einen Gewinn von vier Mio. Euro ein. Diese Zahlen präsentierte Vizebürgermeisterin und Finanzstadträtin Renate Brauner am Dienstag. Das weist Einnahmen von 10,150 Mrd. Euro und Ausgaben von 10,146 Mrd. Euro aus. Die Details:

- **Schulden:** 2006 hat die Stadt 73 Millionen Euro (im Vergleich zu 2005) abgebaut und steht nun mit 1,473 Milliarden Euro in der Kreide. Brauner: „Seit dem Jahr 2000 ist es gelungen, 571 Millionen Euro Schulden abzubauen. Das ist eine Reduktion um mehr als ein Viertel der Schulden.“ Wann wird Wien schuldenfrei sein? Die Finanzstadträtin zur „Presse“: „Schuldenfreiheit ist nicht das Ziel, um das es geht.“ In guten Zeiten baue die Stadt Schulden ab, in härteren Zeiten werde dieser wichtige finanzielle Spielraum genutzt, um zu investieren und damit Jobs zu schaffen.

- **Wohn das Geld floss:** Mit 2,3 Mrd. Euro ist der Bereich Gesundheit/Pflege/Soziales der größte Brocken im Wiener Budget, 1,3 Mrd. Euro gab die Stadt für Bildung (Schulen/Kindergärten) aus; 1,1 Mrd. für die Daseinsvorsorge (Strom/Gas/Wasser/Verkehr).
- **Investitionsquote:** „Mit 14,6 Prozent liegt sie weiterhin auf hohem Niveau“, erklärte Brauner. Im Rechnungsabschluss 2005 war die Quote bei 15,8 Prozent gelegen. Dabei betonte Brauner, dass die Einnahmen durch Gebührenerhöhungen auch künftig nicht ins Budget, sondern in Investitionen fließen (z. B. neue Straßenbahnen für die Wiener Linien).

- **Wirtschaftswachstum:** Städtische Ausgaben, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln (z. B. Transportkosten, Energiekosten, Instandhaltung), erreichten mit 3,68 Mrd. Euro einen neuen Rekordwert.

- **Personal:** Die Stadt hat geringfügig Personal abgebaut: 57.607 Mitarbeiter bedeuten ein Minus von 300 Jobs. „Obwohl die Stadt zusätzliche Aufgaben übernehmen musste“, so Brauner.
- **Gender-Budget:** Das Budget des Jahres 2006 war das erste, in dem alle Budgetansätze nach den Kriterien der Gleichstellung abgeklopft wurden.

- **Grüne: 5 Mrd. € umverteilen**
Während im Rathaus die Finanzen der Stadt präsentiert wurden, wandern die Grünen durch die Wiener Bezirke – wegen des Geldes. In zahlreichen Veranstaltungen wird Stimmung für die Umverteilung von (bundesweit) fünf Mrd. Euro gemacht werden. Das Geld soll durch eine höhere Besteuerung des Vermögens in die Kassen gespült werden – für Armutsbekämpfung, Bildung und Finanzierung der Grundversicherung. „Das käme gerade Wien zugute“, erklärt der nichtamtführende Wiener Stadtrat David Ellensohn: „Zwei Drittel der Sozialhilfeempfänger leben in Wien. Hier kumuliert sich die Armut am meisten.“ Deshalb will Ellensohn ausloten, ob künftig die Stadt Vermögenssteuer zur Armutsbekämpfung kassieren könnte. „Gerade Wien hat einen hohen Bedarf.“

Staat spioniert Telefon-Daten: Ablehnungsfront der Experten

DATENSCHUTZ. Selbst Verfassungsdienst hat Bedenken gegen Gesetz.

WIEN (awe). Bis 15. September 2007 will die EU von den Mitgliedsländern ihre Richtlinie zur sogenannten Vorratsdatenspeicherung (siehe Kasten) umgesetzt haben. In Österreich endete kürzlich die vorgeschriebene Begutachtung der dazu notwendigen Gesetzesänderung durch unabhängige Experten. Fazit: 19 von 36 Stellungnahmen formulieren zum Teil ernsthafte Bedenken gegen den Plan, die Verbindungsdaten aller Festnetz- und Mobilfunk-Telefonate (Internet-Daten folgen bis März 2009) für sechs Monate zu speichern.

Unter Verbindungsdaten versteht man Informationen darüber, wer wann und von wo aus mit wem und wie lange telefoniert hat.

Sündenbock EU?

Inhaltliche Bedenken (z. B. was die Vereinbarkeit mit dem Grundrecht auf Schutz der Privatsphäre betrifft) formulierten etwa der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts, der Datenschutzrat, die Datenschutzkommission und der österreichische Rechtsanwaltskammerrat. Bedenken wegen der anfallenden Kosten für die Telekom-Anbieter hegen der Rechnungshof und das Finanzministerium (das bei einer Umsetzung die Provider entschädigen müsste).

Interessant in diesem Zusammenhang die Stellungnahmen vom Verband der Musikwirtschaft (Ifpi), der Verwertungsgesellschaft Rundfunk und der ORF Generaldirektion an, deren Interessen dahin gehen, die Internet-Verbindungsdaten zur Ausforschung von (illegalen) Nutzern von Musik- und Film-Tauschbörsen zu verwenden. Sie fordern unisono eine Senkung der Strafe, mit der Telekom-Anbieter bedroht sind, wenn sie Verbindungsdaten unbefugt an Dritte (etwa Rechte-Verwerter) weitergeben.



Der Staat führt Protokoll: Jedes Handy-Gespräch wird registriert. (Druckberger)

Die stichhaltigen Argumente der Experten dürften indes auch im für die Ausarbeitung des Gesetzes zuständigen Infrastrukturministerium Bedenken ausgelöst haben. Allerdings verweist man dort auf Brüssel. So beantwortete Minister Werner Faymann die Anfrage des Nationalratsabgeordneten Alexander Zach (LIF) („Halten Sie dir Vorratsdatenspeicherung für geeignet um Terrorismus zu verhindern“) mit den Worten: „Die Umsetzung der EU-Richtlinie ist [...] unabhängig von meiner persönlichen Meinung vorzubereiten.“ Nock klarer die Antwort auf die Frage, ob dem Minister bekannt sei, „dass die Erfassung von Verkehrsdaten im Zuge des E-Mail-Versands auf einfachstem Wege umgangen werden kann“, indem man einen ausländischen Provider wählt. Faymann kurz: „Ja.“

Massive Grundrechtsbedenken gegen die Vorratsdatenspeicherung äußert auch der Leiter des Menschenrechts Instituts für Menschrechte, Hannes Treter. Durch die künftige Praxis werde das bisherige System, Datenerhebungen mittels richterlichem Beschluss erst bei einem konkreten Verdacht durchzuführen, umgekehrt. „Das ist ein Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat.“

LEXIKON

Unter **Vorratsdaten** versteht man Informationen dazu, wer wann mit wem von wo aus und wie lange kommuniziert hat. Diese Daten sollen auf Vorrat (daher der Name) gespeichert werden. Für Telefon-Daten tritt die Regelung bis 15. 9. 2007 in Kraft. Für Internet-Verbindungsdaten ist der Stichtag der 15. 3. 2009.

AK-STUDIE

„Nicht genügend“ für Sprachkurse

Bildungsgutscheine für Vorschulkinder bringen laut AK-Studie nichts.

WIEN (APA). Die als Reaktion auf die schlechten Pisa-Ergebnisse 2005/06 von der damaligen Bildungsministerin Elisabeth Ghehrer eingeführten Sprachtickets für angehende Taferlklassiker mit Sprachschwierigkeiten haben ihr Ziel verfehlt. Das zeigt eine im Auftrag der Arbeiterkammer (AK) erstellte und am Dienstag präsentierte Studie des Projektzentrums für Vergleichende Bildungsforschung an der Universität Salzburg.

Demnach machte es kaum einen Unterschied, ob das Ticket, eine Art Gutschein für 120 Stunden Sprachförderung, eingelöst wurde oder nicht. Von den pro Jahr ausgegebenen rund 9000 Tickets werden etwa 7000 eingelöst. Bei einem Sprachtest schnitten jene Kinder, die es nicht in Anspruch nahmen, sogar eine Spur besser ab. AK Wien-Vizepräsidentin Johanna Ertl spricht von „durchschlagendem Misserfolg“.

NIEDERÖSTERREICH

Wohnbau: Heftige Kritik der Grünen

Die Grünen fordern mehr Klimaschutz bei der Wohnbauförderung in Niederösterreich.

ST. PÖLTEN (mlo). Die niederösterreichischen Grünen fordern eine neue Ausrichtung der niederösterreichischen Wohnbauförderung. Martin Fasan, Abgeordneter der Grünen im Landtag, kritisiert, dass im niederösterreichischen Wohnbauförderungsgesetz zu wenig Gewicht auf die thermische Sanierung bestehender Bauten gelegt werde.

Nur so sei möglich, dass die Verluste von Wärme – und der damit verbundene Ausstoß von Treibhausgasen – verringert werde. Fasan meint weiter, dass die Förderung zu stark auf den Neubau ausgerichtet sei. Fasan: „Der Vorrang muss auf der Einsparung von Energie liegen.“ VP-Wohnbausprecher Anton Erber lässt diese Kritik nicht entfallen: „Sie beweist, wie weit weg von Sorgen und Anliegen der Menschen sie sind. Die Wohnbauförderung hat sich bestens bewährt.“

PAPST-BESUCH

Heiligenkreuz rüstet für Heiligen Vater

Security, Vidi-Walls, Restauration: Wie das Stift Benedikt XVI. erwartet.

VON MIRIAM MARTIS

WIEN/HEILIGENKREUZ. In weniger als einer Stunde wird alles vorbei sein. Aber der kurze Abstecher, der Papst Benedikt XVI. während seines Österreich-Besuchs im September ins Stift Heiligenkreuz führen wird, ist ein Ereignis. „das all unsere Vorstellungen sprengt“, erzählt Pater Karl Wallner vom Zisterzienserstift im Wienerwald.

Obwohl Heiligenkreuz nur „eine kleine Etappe des großen Besuchs ist“, wie Pater Karl sagt, „muss man viele Kleinigkeiten beachten“. So soll der Papst wenn möglich keine Stiegen steigen müssen. Die Besucher sollen ihn wenn auch nur kurz, dann zumindest gut zu Gesicht bekommen, was dank mehrerer Vidi-Walls gelingen soll.

Ganz zu schweigen natürlich von den Sicherheitsvorkehrungen. Das Sicherheitskonzept, mit Polizei und Innenministerium erarbeitet, steht. Ausgedügelt werden muss noch, wie viele Besucher pro Stunde kontrolliert werden können – wobei noch unklar ist, wie groß der Ansturm sein wird. Das Stift fühlt sich jedenfalls gewappnet. Kürzlich beim Klostermarkt waren 20.000 Besucher da, und beim „Fendrich-Konzert 2001 waren es 10.000“. Seit Anfang dieser Woche können sich Besucher über die Homepage ein Anmeldeformular ausdrucken („die Leute



Der Papst-Besuch naht. (LAW)

waren schon ungeduldig“), seither läuft das Fax auf Hochtouren. Wie viele sich schon angemeldet haben, kann Pater Karl nicht sagen. „Ich bin ja nur am Telefonieren“, sagt er, und klingt ein wenig erschöpft.

Restauration um Jahre vorverlegt

Ob das „Jahrtausendereignis“ (Pater Karl) nach den Plänen des Stifts ablaufen wird (siehe Kasten), entscheidet der päpstliche Reismarschall Alberto Gasbarri. Heiligenkreuz ist die einzige Etappe, die er noch nicht inspiziert hat. Das ist am 11. Juni der Fall. „Er weiß am besten, was man dem Papst zutun kann.“

Einsteuerten wird das Stift herausgeputzt. Restaurationsarbeiten wurden extra für den Papst-Besuch um Jahre (!) vorverlegt, bis September soll die Außenfassade im frischen Anstrich strahlen.

Einen derartigen Aufwand hat das Stift in seiner fast 900-jährigen Geschichte nicht erlebt. Vergleichbar war nur der Stress vor dem Patriarchengipfel, der 1997 geplant war. Für ein Zusammentreffen von Johannes Paul II. mit dem Oberhaupt der Orthodoxie Bartholomaios I. und dem russischen Patriarchen Alexis II. wurde der Klostergarten zum Hubschrauberlandeplatz umfunktioniert. Viel Lärm um nichts: Der Gipfel wurde zehn Tage vor dem Termin abgesagt.

DAS PROGRAMM

Sein Österreich-Besuch (7.-9. September) wird Papst Benedikt XVI. unmittelbar vor dem Rückflug noch kurz ins Stift Heiligenkreuz führen. Am 9. 9. wird er dort gegen 16.30 Uhr eintreffen und nach einem Gebet mit den Mönchen vor den Gläubigen sprechen und sie segnen.

inkürze

3 Wochen tot in Wohnung
Mindestens drei Wochen lang lag ein 31-Jähriger tot in seiner Wohnung in Linz. Am Dienstag fand die Feuerwehr die Leiche.

Tödliche Ärzte-Fehler
Chirurgische Fehler der Ärzte bei einer Magenband-Operation haben nach Ansicht eines Gutachters zum Tod einer Oberösterreicherin geführt. Das Spital bezweifelt den Befund. Der Witwer kämpft im Zivilprozess um die Begräbniskosten.

Mörder wurde Theologe
Der 1994 wegen Mordes an einem Tonstudiente verurteilte Wiener Filmemacher Helmut Frodl wurde in Linz zum Magister der Theologie spendiert. Als Inzasse der Justizanstalt Garsten betrieb er ein Fernstudium, konnte aber durch begleiteten Freigang auch an Vorlesungen teilnehmen.



Vorratsdatenspeicherung: Kritik von europäischen Experten

Europäisches Zentrum für e-commerce und Internetrecht hält geplante Umsetzung der EU-Richtlinie für "bedenklich"

Redaktion

8. Juni 2007, 11:07 / 11 Postings

Wien – Das Europäische Zentrum für e-commerce und Internetrecht hat die von Österreich geplante Umsetzung der EU-Richtlinie zur so genannten Vorratsdatenspeicherung als "bedenklich" qualifiziert. Nach dieser Richtlinie müssen die EU-Mitgliedstaaten Netzbetreiber und Access Provider dazu verpflichten, in den Bereichen Mobilfunk, Festnetztelefonie, E-Mail und Internettelefonie flächendeckend und verdachtsunabhängig sechs Monate lang zu speichern, wer wann mit wem und von welchem Ort aus kommuniziert. Die Begutachtungsfrist für die von Österreich dazu geplante Novelle des Telekommunikationsgesetzes ist am gestrigen Montag ausgelaufen.

"Beträchtliches Eingriffspotenzial"

Für das Europäische Zentrum für e-commerce und Internetrecht weist die in Österreich geplante Vorratsdatenspeicherung "ein beträchtliches Eingriffspotenzial" auf, "das aus grundrechtlichen Erwägungen höchst problematisch ist. Der österreichische Gesetzgeber sollte daher bei der Umsetzung der Richtlinie mit großer Zurückhaltung verfahren", raten die europäischen Experten.

Problematisch ist für sie auch, dass der Entwurf "schwere Straftaten", zu deren Verfolgung die Vorratsdatenspeicherung erfolgen soll, als gerichtlich strafbare Handlungen, die mit mehr als einjähriger Freiheitsstrafe bedroht sind, definiert. Davon seien aber grundsätzlich auch Fahrlässigkeitsdelikte erfasst und die Auswertung der Daten würden keinem allgemeinen Richtervorbehalt unterliegen. Außerdem enthalte der Entwurf keinerlei Regelung über die Tragung der durch die Vorratsdatenspeicherung entstehenden Kosten. Dies stehe jedoch im Widerspruch zu den vom Verfassungsgerichtshof entwickelten Grundsätzen der Kostentragung im Zusammenhang mit der Überwachung der Telekommunikation.

"Schwerwiegender Eingriff in das Grundrecht auf Privatsphäre"

Das Europäische Zentrum für e-commerce und Internetrecht verweist auch darauf, dass eine derartige flächendeckende verdachtsunabhängige Überwachung der gesamten Bevölkerung einen "schwerwiegenden Eingriff in das Grundrecht auf Privatsphäre im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention" darstelle. Ein solcher Eingriff könne nur dann gerechtfertigt sein, wenn die gewählte Maßnahme überhaupt geeignet sei, dem öffentlichen Interesse der Verfolgung von "schweren Straftaten" zu dienen. Tatsächlich gebe es jedoch zahlreiche Möglichkeiten die Vorratsdatenspeicherung zu umgehen, z. B. durch die Verwendung von Wertkarten-Handys. Mitglieder krimineller bzw. terroristischer Organisationen würden sich der Vorratsdatenspeicherung daher leicht entziehen können, weshalb tatsächlich nur jene Personen von der Überwachung betroffen wären, die eigentlich gar nicht Ziel der Überwachung seien.

Das Europäische Zentrum für e-commerce und Internetrecht bezeichnet sich selbst als "größte europäische Plattform für Rechtssicherheit im E-Commerce und Mobile Business". Es steht unter der Leitung des Wiener Zivilrechtlers Wolfgang Zankl, hat seinen Sitz in Wien sowie Niederlassungen in London, Leipzig, Prag, Budapest und Brüssel. (APA)

Wir empfehlen folgende Artikel zum Weiterlesen:

-  **RATSCHLÄGE VON EXPERTEN** 855
Wie man 10.000 Euro am besten investiert
Wer 1988, im ersten Erscheinungsjahr des STANDARD, Geld anlegte, freut sich jetzt über satte Renditen. Immobilien, Gold, Krypto: Wo würde sich eine Investition heute lohnen?
-  **UKRAINE-KONFLIKT** 548
Untergegangenes Imperium: Russlands Traum von alter Größe
Viele Russen unterstützen Wladimir Putin nach der Chaos-Erfahrung der 90er-Jahre. Dieser wiederum sieht die Ukraine als Gefahr für die eigene Macht
ANALYSE
-  **NEUINFEKTIONEN** 558
Corona-Zahlen: Fortwährende Datenprobleme, weit mehr als 20.000 Neuinfektionen
Die Sieben-Tage-Inzidenz in sämtlichen Bundesländern ist mittlerweile über 1.000. Laut Ages wurden für den gestrigen Freitag 25.103 Neuinfektionen gemeldet.
-  **CORONA-PANDEMIE** 156
Gecko fürchtet hohen Anstieg an Covid-Fällen und Hospitalisierungen
Der Belag auf Intensivstationen dürfte jedoch nur langsam steigen. Ein vierter Stich sei derzeit nicht nötig

Ihr Kommentar...

1 1 bis 11 Alle Postings (11) neueste

gelöshtes Profil 27. Mai 2007, 18:00:28

Nochmals, auch wenn es nervt!

Eine ganz generelle Gendatenbank von Geburt weg diskriminiert niemanden.

Damit wäre den anständigsten wie den korruptesten Politikern Rechnung getragen. Alles andere ist entbehrlich und wäre verbotener Eingriff in Individualrechte.

Der Staat ist nicht sich selbst genug - er hat dem Bürger zu nutzen.

Weil ich diesen Vorschläge schon heftig angefeindet bekam, sollte im Lichte der Erkenntnis nun besonnener argumentiert werden.

Gendaten haben auch viele gute Seiten. Unfall, Security und nicht zu unterschätzen: Gaunereihen vorbeugend. Wer getraut sich noch eine Schuppe wo zurückzulassen!

Natürlich gibt es auch Missbrauch. Ich verweise auf die Idee des Dokumenters - jederzeit ein Alibi.

antworten

gelöshtes Profil 29. Mai 2007, 17:41:28

Richtig, eine Gendatenbank selbst diskriminiert noch niemanden. Die Befürchtung ist jedoch, dass Arbeitsplatz, Versicherungsleistungen oder Heirat künftig von heimlichen Gendates abhängen können, wenn das Material einmal zur Verfügung steht. MfG.

antworten

gelöshtes Profil 29. Mai 2007, 18:00:24

Heimlich geht immer.

Man kann das so halten wie Amerika, wer später bei Schwindelangaben erwischt wird, wird wieder ausgewiesen.

Firmen oder wer immer sich auf solche Daten stützt kann einpacken, wäre ein Vorschlag!

antworten



Vorratsdatenspeicherung: Neue Allianz sieht Bedenken Faymanns

LIF und Experten gegen Umsetzung - Zach: "Husch-Pfusch-Aktion"

Redaktion

8. Juni 2007, 11:19 / 8 Postings

Gegen die geplante Vorratsdatenspeicherung hat sich eine Allianz aus dem Liberalen Forum, der Arge Daten und dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte gebildet. Der liberale Abgeordnete Alexander Zach, der auf einem SPÖ-Ticket im Parlament sitzt, meinte bei einer Pressekonferenz am Dienstag, auch Infrastrukturminister Werner Faymann (S) sei mit der Umsetzung der Richtlinie nicht ganz glücklich.

Gravierende Eingriffe

Dies ginge aus der Beantwortung einer von ihm an den Infrastrukturminister gerichteten Anfrage hervor, so Zach. Im Zusammenhang mit derart gravierenden Eingriffen in die Privatsphäre dürfe es keine "Husch-Pfusch-Aktionen" geben. Seiner Meinung nach ist die EU-Richtlinie als Maßnahme zu mehr Sicherheit ungeeignet, sie "schießt am Ziel vorbei". Gleichzeitig richtete er einen Appell an die Regierung, nicht bloß zu einem "Erfüllungsgehilfen von Brüssel" zu werden, sondern selbstbewusst die Interessen Österreichs zu vertreten. "Wir sind keine Verwaltungsumsetzer der Europäischen Union", so Zach.

Grundrechtliche Dimension

Hannes Tretter vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte betonte die grundrechtliche Dimension der umstrittenen Maßnahme, die eigentlich der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus dienen solle. Er sprach von einem Paradigmenwechsel hin zu einer "generellen verdachtsmäßigen Speicherung von Daten". So konnte bisher nur bei konkretem Tatverdacht auf die entsprechenden Daten zugegriffen werden. Das werde sich mit Umsetzung der EU-Richtlinie nun ändern.

"Feigenblatt-Aktion"

Tretter bezeichnete die Richtlinie als "Feigenblatt-Aktion" der europäischen Sicherheitspolitik. Bedenken äußerte er ausdrücklich in Hinblick auf missbräuchliche Verwendung der Daten. Die Datenschutzkommission könne eine Kontrolle nicht gewährleisten, sie sei vollkommen ausgelastet. "Es gibt hier nicht einmal die Ressourcen, stichprobenartig Kontrollen durchzuführen", so Tretter.

Kritik von der ARGE Daten

Auch Hans Zeger von der ARGE Daten kritisierte die Richtlinie. Die Auswirkungen seien überhaupt nicht absehbar, "jeder wäre grundsätzlich verdächtig." Vor allem auch die organisatorischen Auswirkungen seien sehr schwer absehbar. So gehe die Telekom Austria davon aus, dass sie die Umsetzung dieser Maßnahmen 4,5 Mio. Euro kosten würde. Außerdem gibt es Studien, welche die Gesamtkosten der Vorratsdatenspeicherung mit einem dreistelligen Millionen-Betrag beziffern, so Zeger. In diesem Zusammenhang hatte auch Finanzminister Wilhelm Molterer (V) bereits Bedenken geäußert, da zu erwarten wäre, dass Unternehmen sich auf Grund der hohen Kosten an der Republik Österreich schädlos halten würden. (APA)

Zum Thema Rechteverwerter wollen schärfere Vorratsdatenspeicherung

Wir empfehlen folgende Artikel zum Weiterlesen:

-  **CORONAVIRUS** 1.174
Regierung schüttet über Impflotterie bis zu eine Milliarde Euro aus
Türkis-Grün hat sich mit der SPÖ auf ein Anreiz- und Belohnungssystem geeinigt. Bei der Lotterie soll jede Teilnehmende eine Chance auf einen 500-Euro-Gutschein sein. 400 Millionen Euro sind für Gemeinden mit hoher Impfrate vorgesehen. Die "Abwicklung" über ORF ist noch nicht fixiert.
-  **JAHRESBILANZ** 212
Verwirrung über Ukraine-Position nach Bidens Pressekonferenz
Der US-Präsident zog nach einem Jahr erstmals Bilanz. Dabei ging es vor allem um den Konflikt mit Russland – seine Aussagen dazu sorgten für Verwirrung
-  **CORONA-KRISE** 199
Angst vor Personalengpässen wegen Quarantäne: "Es brennt an allen Ecken und Enden"
Mehr als 400.000 Österreicher sind in Quarantäne. Unternehmen gehen Mitarbeiter aus. Schulen wollen Engpässe mit Studierenden und pensionierten Lehrkräften abfedern
-  **UMFRAGENAFFÄRE** 334
Finanzministerium ließ fragen, welches Tier Sebastian Kurz wäre
Die Meinungsforscherin Sabine B. fragte Tiervergleiche in einer Studie zur "Wirtschafts- und Budgetpolitik" ab, berichtet die "Presse"

Ihr Kommentar...

1 bis 8 Alle Postings ▾ | neueste ▾

4freedom  10  6. Juni 2007, 16:12:51

"Sicherheit" als Vorwand

"Sicherheit" und "Terrorismus" sind Vorwand zur Kontrolle aller Bürger und zur Einschränkung verfassungsmäßiger Rechte.

Unter dem Vorwand der "Sicherheit" werden Milliarden vergeudet.

Erfolgreich haben Bin Laden und Co es geschafft, sich die Politiker der entwickelten Länder zu Erfüllungsgehilfen zu machen.

Die Mehrzahl der Bürger lässt sich den Unfug einreden und hat die Hosen voll.

Wer hat in der Geschichte mehr Menschen umgebracht, gefoltert, bespitzelt, unterdrückt - Terroristen oder legitimierte Regierungen???

Beide sind in ihre Schranken zu weisen!

Der Eid auf die Verfassung ist bindend.

antworten ↩️ 🗑️ - +

geloschtes Profil 7. Juni 2007, 10:08:37

Ganszr richtigkeit!

Buerger muessen underdruickt werden. Herrschaften machen selbstlerjustisz und feuerchten bestraft zu werde am herrschaftenlichen ende.

Viel Lumpen in cheffgesselpfatz. Internet seh ich macht leute klüger nicht Herrschler.

antworten ↩️ 🗑️ - +

geloschtes Profil 6. Juni 2007, 01:08:32

wenn die herr politiker...

die interessen des volkes nicht(schon lange nicht mehr!)vertreten gibt es ja ein probates mittel,sie mores zu lehren und das heisst WAHLRECHT !aber viele ÖSTERREICHISCHE DORFTROTTELN sind ja noch immer der meinung:waun ma des wossa bis zum hois steht wö i imma nu den söbn.dem ist ja nichts hinzu zu fügen,ODER ?aufwachen leute...

antworten ↩️ 🗑️ - +

Piratenpartei ruft zu Demo gegen Vorratsdatenspeicherung auf

Am 7. Juni um 19 Uhr wird vor der Wiener Universität Ismar marschiert, so die österreichischen "Piraten"

Redaktion

8. Juni 2007, 11:19 / 23 Postings



Foto: APA/AP/Markus Schreiber

Die Piratenpartei Österreich kündigte in einer **Aussendung eine Demonstration zur geplanten Vorratsdatenspeicherung an. Unter dem Motto "Freiheit statt Angst"** wird am 7. Juni 2007 eine Demonstration gegen die Vorratsdatenspeicherung veranstaltet, so die Aussendung. Treffpunkt ist um 19 Uhr bei der Uni Wien.

"Unsere Grundrechte sind in Gefahr!"

In der Aussendung der Piratenpartei heißt es weiter: "Mit der Vorratsdatenspeicherung stellen die EU und der Staat jeden Bürger unter Generalverdacht. Privates und unbeobachtetes Telefonieren, Kommunikation über E-Mail und Internetsurfen wird nach aktueller Planung schon sehr bald nicht mehr möglich sein. Zunehmend wird klar, dass die immer breitere Überwachung der gesamten Bevölkerung die Arbeit von Beratungsstellen wie Seelsorge ebenso wie die Möglichkeit zum unbefangenen demokratischen Engagement stark beschränkt. Weiters sehen wir die Rechte von Berufsständen wie Journalisten und Ärzten auf wackeligen Beinen, deren Tätigkeit Vertraulichkeit und anonyme Kommunikation erfordert. Was passiert, wenn beispielsweise ein Reporter seine Quellen nicht mehr schützen kann?", so Florian Hufsky, Sprecher der Piratenpartei Österreich. Es liegt nun an uns, ein klares Zeichen gegen diesen rasanten Kurs in Richtung Überwachungsstaat zu setzen". (red)

LinksPiratenpartei ÖsterreichAufruf zur Demo Freiheit statt Angst



An error has occurred

{{terminalError}}

ICH DER STANDARD

Ihr Beitrag für die Zukunft des Qualitätsjournalismus

DER STANDARD feiert seine 10.000. Ausgabe und ist stolz auf das Vertrauen einer Leserschaft, die hohe Ansprüche an eine gründliche und umfassende Berichterstattung stellt. Seit mehr als drei Jahrzehnten werden im STANDARD die Ereignisse des Tages eingeordnet, Hintergründe recherchiert und komplexe Zusammenhänge erklärt – ab 1995 auch als erstes Online-Medium im deutschsprachigen Raum. Seit der Gründung des STANDARD 1988 haben

Wir empfehlen folgende Artikel zum Weiterlesen:

- RATSCHLÄGE VON EXPERTEN** 856
Wie man 10.000 Euro am besten investiert
Wer 1988, im ersten Erscheinungsjahr des STANDARD, Geld anlegte, freut sich jetzt über satte Renditen. Immobilien, Gold, Krypto: Wo würde sich eine Investition heute lohnen?
- UKRAINE-KONFLIKT** 548
Untergegangenes Imperium: Russlands Traum von alter Größe
Viele Russen unterstützen Wladimir Putin nach der Chaos-Erfahrung der 90er-Jahre. Dieser wiederum sieht die Ukraine als Gefahr für die eigene Macht
ANALYSE
- NEUINFEKTIONEN** 558
Corona-Zahlen: Fortwährende Datenprobleme, weit mehr als 20.000 Neuinfektionen
Die Sieben-Tage-Inzidenz in sämtlichen Bundesländern ist mittlerweile über 1.000. Laut Ages wurden für den gestrigen Freitag 25.103 Neuinfektionen gemeldet.
- CORONA-PANDEMIE** 159
Gecko fürchtet hohen Anstieg an Covid-Fällen und Hospitalisierungen
Der Belag auf Intensivstationen dürfte jedoch nur langsam steigen. Ein vierter Stich sei derzeit nicht nötig

Ihr Kommentar...

gelöschtes Profil 9. Juni 2007, 16:18:15

Art youtube video zur Demo
goin withe METAflow
<http://www.youtube.com/watch?v=rUZR9wBQ54>

Florian Prischl Florian Prischl 8. Juni 2007, 00:44:23 0 1

Liste von Fotos und Videos
Unter http://commons.wikimedia.org/wiki/U...an_Prischl - Wikinews-Artikel kommt übers Wochenende.

gelöschtes Profil 7. Juni 2007, 10:56:19 0 1

Wenn ich mir die letzten hundert Jahre europäischer Geschichte anschau, fallen mir viele gute Gründe ein, warum ich diese Bespitzelung ablehne.

Das 3. Reich, man stelle sich vor was die Gestapo aus solchen Daten gemacht hätte! Oder die Stasi in der DDR, oder die Securitate Rumäniens, ... Alles noch gar nicht sooo lange her...und wer weiß in welche Richtung das Pendel der Geschichte schwingt... Außerdem die Daten liegen dann bei den diversen Dienstbietern herum nicht in einem Hochsicherheitspeicher u. die Auswertung dieser Daten ist vorzüglich geeignet für Finanz und Wirtschaftsspionage, aber auch für Werbung, Marketing, Analyse soziologischer u. politischer Zusammenhänge in der Gesellschaft, die Liste unerwünschter Anwendungen der Datenanalysen ist ewig lang!

Sicherheit

Vorratsdatenspeicherung vertagt

26.06.2007 um 19:04 von Hedwig Schuss



a⁻ a⁺

- Speichern
- Drucken
- Vorlesen

Der erste Österreichische IT-Rechtstag bot eine höchst kontroverielle Diskussion über die geplante umfassende Speicherung von Telekom-Daten.

WIEN. „Wenn man den Heuhaufen vergrößert, vergrößert man damit nicht die Chancen, die Nadel zu finden.“ Für Kurt Einzinger, Geschäftsführer der Internet Service Providers Austria, bräuchte die geplante Vorratsdatenspeicherung genau so eine Situation: ein Mehr an Daten, aber damit keine erhöhte Wahrscheinlichkeit, Verbrechen zu bekämpfen. Davon ist Einzinger überzeugt.

Die Vorratsdatenspeicherung erfolgt in Umsetzung einer EU-Richtlinie, die vor dem Hintergrund der Terroranschläge in Madrid und London beschlossen wurde. Die Vorgabe muss größtenteils bis 15. September 2007 umgesetzt werden, nur im Bereich der Kommunikation via Internet bleibt bis 15. März 2009 Zeit. Nachdem es 90 sehr kontroverielle Stellungnahmen zum Entwurf einer Novelle gegeben hat, heißt es jetzt aus dem Büro des zuständigen Ministers Werner Faymann, dass bis Herbst eine neue Novelle erarbeitet werden soll. „Wir wollen nicht die Musterschüler sein, sondern die geringste Variante umsetzen“, erklärt der zuständige Referent im Ministerium.

Unter „Vorratsdatenspeicherung“ versteht man die Aufzeichnung aller per Telefon, SMS oder E-Mail zustande gekommenen Kommunikationsverbindungen für sechs Monate. Auf Vorrat registriert wird lediglich, wer wie lange mit wem kommuniziert hat, aber kein Inhalt. Damit soll es möglich werden, auch nachträglich die Kontakte einer Person oder eines Unternehmens zu analysieren und offen zu legen.

Dem Datenschutzrat geht das zu weit, wie Waltraut Kotschy beim ersten Österreichischen IT-Rechtstag betonte, den der Forschungsverein „Infolaw“ vorige Woche in Wien veranstaltet hat. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip sei keineswegs gewahrt, wenn man aus einer Auskunftspflicht eine Pflicht zur Speicherung von Daten ableite. Derzeit sei die Speicherung dieser Verkehrsdaten nur dann legitim, soweit sie entweder für die Herstellung einer Verbindung oder für Zwecke der Verrechnung notwendig sei.

Der auf IT-Recht spezialisierte Anwalt Reinhard Schanda hingegen versteht die Aufregung nicht ganz. Es gebe kein Grundrecht auf Anonymität. Wer in Tauschbörsen kommuniziere, mache schon allein dadurch seine Daten öffentlich. Und Datenschutz dürfe nicht der Verschleierung von Kriminalität dienen.

Darin war Schanda sich mit Franz Medwenitsch, dem Geschäftsführer des Verbands der österreichischen Musikwirtschaft, einig, der das Urheberrecht in Opposition zum Datenschutz sieht. Wenn es so weit komme, dass die Leute sich auf den Datenschutz stützten mit der Begründung, sie wollen in aller Ruhe das Urheberrecht verletzen, „dann kann man gleich aufhören, einen legalen Online-Musikmarkt aufzubauen“.

Im Publikum waren Zuhörer empört, dass man unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung vielfach nur Jugendliche, die rechtswidrig Musik downloaden, mit dieser Novelle erwischen werde, dafür aber der Datenschutz aller Kommunizierenden verletzt werde. Und wer wirklich etwas zu verbergen habe, der werde sich beispielsweise mit Hilfe eines Internet-Providers außerhalb der EU der Aufzeichnung seiner Daten entziehen. Schmidbauer schwant Böses, wenn hunderte private Provider sensible Daten speichern: „Dass diese Daten missbraucht werden, darauf können sie Gift nehmen“, sagt Schmidbauer. „Nur gelöschte Daten sind gute Daten.“

WAS KOMMT

Eine EU-Richtlinie zwingt Österreich, Verkehrs- und Standortdaten der Kommunikation in öffentlich zugänglichen Netzen für mindestens sechs Monate auf Vorrat zu speichern. Nicht erfasst sind Inhalte der Kommunikation.

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 27.06.2007)

Jetzt zum Tech-Newsletter anmelden

Neuigkeiten und Hintergründe zu den Themen Handy, Computer und Technologie.

E-MAIL